

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **6./7. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 26. August 2024

von 16.15 – 18.20 Uhr und 20.00 – 21.50 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 6. Sitzung: K. Frei Glowatz (Grüne)
6./7. Sitzung: M. Steiner (SP), Th. Gschwind (SP), I. Kuster (Die Mitte),
K. Cometta (Stadträtin)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 4./5. Sitzung	
2*	24.60	Wahl einer/eines Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2024/2028 (1.10.2024 – 30.09.2028) und Aufhebung der eingesetzten Spezialkommission «Da- tenschutzstelle 2024»	Ch. Griesser
3*	24.61	Wahl der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2025/2028 (1.1.2025 - 31.12.2028)	I. Kuster
4*	24.62	Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers anstelle des zurückgetretenen M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
5*	24.63	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurückgetretenen Barbara Huizinga (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
6*	24.64	Wahl von drei Mitgliedern in den Stiftungsrat Winterthur - La Chaux-de-Fonds für die Amtsdauer 2024/2028	M. Sorgo
7*	24.56	Einsetzung einer Spezialkommission «Richtplan» (SRP) (Festlegung der Kommissionsgrösse)	F. Helg

8*	24.65	Spezialkommission «Richtplan» (SRP): Wahl der Mitglieder und der Präsidentin / des Präsidenten (findet zu Beginn der Abendsitzung statt)	M. Sorgo
9*	24.46 (DSO)	Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	B. Oeschger
10*	24.34 (DTB)	Verpflichtungskredit von Fr. 6'830'000 für Ersatzneubau Forstwerkhof (Projekt-Nr. 13328)	S. Gfeller
11*	24.39 (DBM)	Verkehrsbaulinien Teilrevision 2024 und Aufhebung Strassenteilstück Talacker-/Römerstrasse	B. Zäch
12*	23.49 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur	
13*	23.50 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur	
14*	23.59 (DPR)	Beantwortung der Interpellation R. Perroulaz (FDP) betr. Organisation Kunstausstellung «Unjurierte»	
15*	23.86 (DPR)	Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP), D. Roth-Nater (EVP), M. Lischer (Grüne/AL) und G. Stritt (SP) betr. Eingangsbereich Museumsgebäude	
16*	23.79 (DBM)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Holzbau zur Reduktion von Treibhausgasen (THG) durch Bautätigkeit und Förderung regionaler Wertschöpfungsketten	
17	24.19 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AFS	
18	24.20 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Doppelsitzung nach den Sommerferien und hoffe, dass sich alle gut erholt wieder den politischen Geschäften widmen können.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zu den Mitteilungen. Abgemeldet für beide Sitzungen hat sich Markus Steiner, deshalb amtet als 1. Vizepräsident heute der 2. Vizepräsident, Samuel Kocher, an meiner Seite. Weiter haben sich abgemeldet für beide Sitzungen Thomi

Gschwind sowie Iris Kuster und für die erste Sitzung Kathrin Frei Glowatz. Seitens der Stadtratsmitglieder musste sich Katrin Cometta wegen einem Todesfall in der Familie heute für beide Sitzungen abmelden.

Ich darf an dieser Stelle unsere neuen Parlamentskollegen begrüßen. Das sind seit dem 1. Juli Marco Graf (SVP) als Nachfolger von Daniel Oswald, seit 1. August Jan Guddal (GLP) als Nachfolger von Martin Zehnder und ebenfalls seit 1. August Daniel Rohner (EVP) als Nachfolger von Barbara Huizinga.

Ich wünsche allen einen guten Start hier im Parlamentssaal und viel Freude und Befriedigung in diesem Amt.

Fotoaufnahmen sind gestützt auf verschiedene Anfragen generell erlaubt.

Weitere Informationen, noch etwas Formelles: Das Stadtparlament hat am 31. Oktober 2022 einen Beschluss gefasst über die Verkehrsbaulinien Teilrevision 2021, Beschluss-Nr. 2022.64. Dieser Beschluss ist jetzt rechtskräftig.

Als Information an alle: Das Baurekursgericht hat einen Rekurs am 4. April 2024 abgewiesen. Der Rekursentscheid wurde nicht beim Verwaltungsgericht angefochten. Umstritten war dort die Baulinie im Abschnitt Ohrbühlstrasse und St. Gallerstrasse.

Dies zur Information, damit man auch weiss, was mit unseren Beschlüssen weiter passiert, wenn sie einmal angefochten worden sind.

An der nächsten Sitzung im September kommt am Nachmittag ein Fotograf zu uns und wird uns ablichten, damit man die Fotos auf dem Extranet, die schon ziemlich aus der Vergangenheit sind, wieder einmal aktualisieren kann mit neuen Aufnahmen.

An nächster Sitzung findet auch die Fragestunde statt. Der Parlamentsdienst bittet darum, die Fragen rechtzeitig, d.h. bis Donnerstag vor der Sitzung, beim Parlamentsdienst einzureichen, damit sie entsprechend dem Stadtrat zugestellt werden können.

Es ist eine Liste im Umlauf, auf der man sich eintragen kann, wenn man das Budget in Papierform erhalten möchte.

Am Samstag, 21. September, ist um 13.30 Uhr der traditionelle Forstrundgang mit Startpunkt in Neuburg. Das ist ja immer ein interessanter Anlass mit gutem fachlichem Input. Wir haben hier im Publikum auch eine Delegation von Stadtgrün. Zudem dient der Anlass auch dazu, dass man sich gesellschaftlich ein bisschen austauschen kann. Die Anmeldung läuft bis Montag, 9. September. Wir wurden eingeladen mit Mail vom 22. Juli. Wenn man das vielleicht in der Ferienzeit übersehen hat, kann man das ja nochmals in der Eingangsbox nachschauen.

Am 15. Juli 2024, in der 1. Schulferienwoche, fand das Ratsherrenschieszen statt in Stäfa. Verdankenswerterweise hat Christian Hartmann das gut koordiniert. Es gab doch eine gute Beteiligung auch von Seiten des Stadtparlaments. Und auch sehr gute Resultate.

Im 24. von 130 Gesamträngen ist die erste Gruppe platziert mit Marco Graf, Christian Hartmann, Philipp Angele und Natascha Graf. Sie ist Mitglied der Sozialhilfebehörde und die Ehefrau von unserem neuen Mitglied Marco Graf.

Im 36. Rang von 130 ist die zweite Gruppe mit Dani Romay, Marc Wäckerlin und Stefan Gubler.

Und im 56. Gesamtrang die Gruppe mit Roman Hugentobler, Michael Zundel, Andreas Geering und Iris Kuster.

Und dann haben wir noch ein super Einzelresultat: Natascha Graf ist die Siegerin in der Einzelrangliste Damen aus allen Ratsgruppen (sie war die 1. von 115 teilnehmenden Damen). Das verdient doch eine herzliche Gratulation.

Ich denke, die Beteiligung an diesem Schiessen ist wirklich exzellent. Es sind Mitglieder aus 5 Parteien, von links bis rechts. Dieser Anlass hat doch auch eine gewisse verbindende Wirkung. Und wie gesagt: Herzliche Gratulation und vielen Dank an alle Teilnehmenden, welche die Stadt Winterthur und das Stadtparlament Winterthur an diesem Anlass vertreten haben.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zu den Erklärungen. Angemeldet ist eine Fraktionsklärung der SVP zur Informationsveranstaltung zu Windrädern. Ich gehe davon aus, das übernimmt der Fraktionspräsident Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Ja, das bleibt meist beim Fraktionspräsidenten hängen...

Ihr wisst das wahrscheinlich: Bis Ende November ist eine öffentliche Auflage der kantonalen Richtplanvorlage zu Windenergieanlage am Laufen, wo jedermann, also die breite Bevölkerung, Stellung nehmen kann dazu.

Am letzten Samstag führte die Baudirektion des Kantons dazu eine Informationsveranstaltung durch, mit ca. 60 Personen. Diese Veranstaltung war im Landboten ausgeschrieben: Als Veranstaltung für das Weinland, Teilnehmerzahl beschränkt, der Ort wird später mitgeteilt. Es war dann am Schluss in Henggart.

Es erstaunt kaum, dass es aus Winterthur nicht mehr als 10 Personen waren. Es wurde eigentlich ja auch unter Ausschluss der Winterthurer Bevölkerung angekündigt. Und von diesen 10 waren mindestens 9 Personen, die sich seit längerer Zeit mit diesem Thema befassen, die z.T. mit Ordnern angerückt sind. «Die breite Bevölkerung» hat mindestens aus der Stadt Winterthur nicht stattgefunden. Aus den Weinländer Gemeinden, an die es offenbar auch richtete, war das anders, von dort hatte es viele Leute, die dort wohnen und dafür oder dagegen sind. Die Bevölkerung von Winterthur ist also mit dieser Veranstaltung offenbar nicht erreicht worden. Die SVP ist der Meinung, dass auch Winterthurerinnen und Winterthurer das Recht haben auf solche Informationen, schliesslich sind in Winterthur Windanlagen gleich an drei Standorten vorgesehen.

Wir laden den Stadtrat ein, sich bei der Baudirektion des Kantons für eine solche Informationsveranstaltung auch bei uns in Winterthur einzusetzen. Wir fragen, ob der Stadtrat für ein solches Engagement (Aussichten selbstverständlich ungewiss), zu haben wäre. Danke.

Stadtrat St. Fritschi: Ich gehe davon aus, dass bei der SVP-Fraktion entweder das Mail ausgestiegen ist oder die Briefmarken klamm geworden sind, so dass Ihr diese Anfrage nicht gleich direkt an den Kanton richten konntet. Aber selbstverständlich übernehme ich diese Anfrage, die ich gestern Abend erhalten habe. Ja, wir werden beim Kanton vorstellig werden, ob eine weitere Veranstaltung gemacht werden kann.

Ich habe das heute Morgen gemacht und heute Nachmittag die Antwort erhalten: Sie machen keine mehr.

Im Rahmen dieses öffentlichen Richtplanverfahrens, das übrigens bis Ende Oktober - und nicht bis Ende November läuft, da darf man dann nicht zu spät sein, wenn Ihr Euch dazu noch äussern wollt - läuft, hat der Kanton nach Aussage des Generalsekretariats der Baudirektion einen riesigen Aufwand betrieben. Ich spreche das jetzt einfach nach: Es ist unüblich, dass man öffentliche Veranstaltungen macht. Es sind drei geplant. Es sind noch zwei weitere geplant, die aber leider für die Winterthurer Bevölkerung nicht offenstehen, denn sie sind im Knonauer Amt und im Oberland/Pfannenstil. Diejenige im Weinland war an einigen Orten für Region Weinland ausgeschrieben, an anderen Orten für Region Weinland und Umgebung. Das war ein bisschen inkonsistent, aber diese Veranstaltung hat stattgefunden. Und dann gab es noch einen Stream, der für die ganze Bevölkerung – also auch für diejenigen, die nicht in Standortregionen wohnen – öffentlich war. Und von dieser Veranstaltung gibt es einen Stream gemäss Generalsekretariat, den man herunterladen und anschauen kann.

Die Veranstaltungen, die noch stattfinden, sind am 31. August und 7. September, aber eben für die Winterthurer Bevölkerung nicht offen. Und es liegt zeitlich gar nicht mehr drin, dass der Baudirektor da noch zusätzliche Termine findet. Normalerweise finden solche Verfahren, wie wir es hier haben, ohne öffentliche Veranstaltungen statt.

Das muss ich jetzt zurückmelden vom Kanton. Ich hoffe, Ihr kommt anders zu Informationen. Ich kann nur sagen: Dort, wo ich verantwortlich bin, in der Regionalplanung Winterthur und Umgebung, wo ich Präsident bin und Christa Meier im Vorstand ist, haben wir genau deshalb auch eine eintägige Exkursion geplant, bei der alle diejenigen, die Delegierte sind, mitkommen konnten. Ein Teil von Euch war auch dabei. Wir waren dort eine Windkraftanlage anschauen nördlich von Schaffhausen (Verenafohren) und hatten nachher auch eine Diskussionsveranstaltung in Schaffhausen.

Ich hoffe, Ihr kommt doch noch zu den Informationen und habt am Schluss gefüllte Ordner.

Parlamentspräsident F. Helg: Weitere Erklärungen wurden nicht angemeldet, weder eine Kommissions- noch eine persönliche Erklärung.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Ich gehe über zur Traktandenliste.

Das Traktandum 8 «Wahl Mitglieder und Präsidium Spezialkommission Richtplan» wird nach der Sitzungspause am Abend behandelt.

Die Geschäfte, welche wir ohne Diskussion behandeln, wurden bereits angezeigt im Info-Mail vom letzten Freitag. Es sind Traktandum 9 «Geschäftsbericht Sozialhilfebehörde», Traktandum 10 «Forstwerkhof» und Traktandum 11 «Verkehrsbaulinien».

Gibt es Einwände dazu oder weitere Anträge? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 4./5. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Abnahme des Protokolls der 4. und 5. Sitzung vom 24. Juni 2024

Gibt es Anmerkungen oder Einwände zu diesem Protokoll? – Das ist nicht der Fall.

Ich danke an dieser Stelle unserer Protokollführerin, Andrea Furrer, für die prompte und zuverlässige Erstellung des Protokolls. Demgemäss gilt dieses Protokoll als genehmigt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.60: Wahl einer/eines Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2024/2028 (1.10.2024 – 30.09.2028) und Aufhebung der eingesetzten Spezialkommission «Datenschutzstelle 2024»

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer/eines Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2024/2028 (1.10.2024 – 30.09.2028) und Aufhebung der eingesetzten Spezialkommission «Datenschutzstelle 2024». Zu diesem Geschäft wurde eine Spezialkommission eingesetzt, das Wort hat der Präsident der SDS, Christian Griesser.

Ch. Griesser (SDS): In die Spezialkommission Datenschutzstelle 2024 wurde pro Fraktion eine Person gewählt, d.h. bei 7 Fraktionen gibt das eine 7er-Kommission. Wir haben auf unsere Inserate, die an verschiedenen Orten publiziert wurden, insgesamt etwas mehr als 15 Bewerbungen erhalten. Wir hielten 5 Sitzungen ab und führten 3 Vorstellungsgespräche. Und wir führten 1 Zweitgespräch im kleinen Rahmen, d.h. der Parlamentsschreiber und ich. Es ging dort noch um technische Dinge. Es ist ja nicht nur so, dass es eine Wahl ist, sondern es gilt ja auch im weiteren Sinn das Personalreglement. Dort mussten noch einige Dinge angeschaut werden, wir haben das Büro gezeigt, wo der Datenschützer tätig ist etc. Wir haben eine Referenz eingeholt und kamen zum Schluss: Die Spezialkommission schlägt dem Parlament einstimmig Tobias Naef vor.

Er sitzt dort hinten, ganz rechts aussen. Tobias Naef ist 37 Jahre alt, wohnt in Zürich, hat einen Bachelor in Politikwissenschaft, einen Bachelor und einen Master im Recht, er darf sich seit 2021 Dr. iur. nennen: Er hat eine Dissertation geschrieben zum Thema Internationale Datenflüsse und dem Verhältnis zwischen Datenschutz und Handelsliberalisierung. Beruflich war er neben dem Schreiben seiner Dissertation an der Uni tätig und hatte dort verschiedene Lehraufträge. Er doziert heute gelegentlich noch in CAS-Lehrgängen, das ist aber eine kleine, untergeordnete Sache von einigen Stunden pro Jahr.

Er war nachher beim Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit tätig und zuletzt angestellt bei der Datenschutzstelle des Kanton Zürich, zuletzt war er stellvertretender Abteilungsleiter Recht.

Es ist somit klar, wie die Kommission zu dieser einstimmigen Wahlempfehlung kam: Tobias Naef hatte den klar besten Leistungsausweis von allen Bewerbenden, und das mit nur 37 Jahren. Die Wahlempfehlung basiert aber nicht nur auf diesem Leistungsausweis im Bereich Datenschutz, sondern es ist uns auch sein kommunikatives Talent aufgefallen. Kommunikation ist ein wichtiger Teil für die Stelle des Datenschutzbeauftragten der Stadt Winterthur, denn er hat ja keine eigentliche Verfügungsmacht. D.h. es ist enorm wichtig, dass ein Datenschützer der Verwaltung und dem Stadtrat erklären kann, was er vorgefunden hat, weshalb er etwas datenschutzrechtlich nicht ganz korrekt findet und dass er auch erklären kann, welche Massnahmen er vorschlägt und wieso diese geeignet sein sollen.

Die Kommission geht aufgrund des Vorstellungsgesprächs davon aus, dass Tobias Naef der Verwaltung erklären kann, weshalb er etwas so oder anders beurteilt, weshalb er diese Massnahme und nicht eine andere vorschlägt. Und dass er das in einer Sprache machen kann, die verständlich ist, auch für nicht Datenschutzrechtliche.

Zusammenfassend kann man sagen: Wir haben eine fachlich ausgezeichnete Person gefunden mit kommunikativen Fähigkeiten.

Ich möchte mich bei der Kommission bedanken für die Zusammenarbeit; bei Marc Bernhard, dem Parlamentssekretär, welcher bei allen Sitzungen dabei war und natürlich auch das Fachwissen hat und die Koordinationsstelle ist zwischen dem Parlament und dem Datenschützer; und bei Andrea Furrer als Protokollführerin. Wir waren froh, dass wir ein genaues Protokoll hatten, weil wir diese Vorstellungsgespräche nicht alle an einem Abend durchgeführt haben und deshalb zurückgreifen können mussten, wer was wie gesagt hat. Ich möchte mich auch bei der kantonalen Datenschutzstelle bedanken, die uns einerseits einen solch guten Mann überlässt und auch dafür, dass Fälle übernommen wurden in dieser Zeit, in der diese Stelle nicht besetzt war.

Ja, jetzt müssen wir ihn noch wählen, Tobias Naef. Wie gesagt: Wir schlagen ihn dem Parlament einstimmig vor. Ich freue mich bereits jetzt auf den ersten Bericht unseres neuen Datenschützers. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Vielen Dank, Christian Griesser. Jetzt noch die formelle Frage: Gibt es weitere Vorschläge für dieses Amt aus der Runde der Parlamentsmitglieder? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? – Das ist auch nicht der Fall.

Ich möchte einfach nochmals darauf hinweisen, dass die Amtsdauer vom 1. Oktober 2024 bis 30. September 2028 gilt, das Pensum ist 80%. Mit diesem Beschluss wird dann auch die Spezialkommission aufgehoben.

Da keine weiteren Vorschläge genannt wurden, sieht unsere Geschäftsordnung vor, dass es keinen Wahlakt gibt.

Ich darf an dieser Stelle Tobias Naef als gewählt erklären. Herzliche Gratulation zur Wahl. (*Applaus*)

T. Naef: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Stadtparlaments Winterthur, geschätzte neue Chefinnen und Chefs, liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte, liebe weitere Vorgesetzte der unabhängigen Aufsichtsbehörden Ombudsstelle und Finanzkontrolle, liebe Familie, liebe Medienschaffende – uff, zum Glück muss ich das nur jeweils 1 x machen...

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Wahl als Datenschutzbeauftragter der Stadt Winterthur. Vielen Dank für das Vertrauen, das Sie in mich setzen mit dieser Wahl. Ich freue mich enorm und ich freue mich insbesondere darüber, einstimmig gewählt zu werden – das Vertrauen zu erhalten vom ganzen politischen Spektrum.

Es ist mir eine grosse Ehre, die Aufgaben der Datenschutzstelle der Stadt Winterthur zu übernehmen. Der Datenschutz ist in den letzten Jahren nochmals wichtiger geworden. Es gibt mehr Digitalisierung, es gibt mehr Auslagerung in die Cloud. Es werden mehr Daten erhoben, es werden mehr Daten ausgetauscht, es wird mehr überwacht. Die Datenschutzstelle ist eine der zentralen Akteure, damit dies rechtmässig passiert.

Ich setze mir für die erste Zeit drei allgemeine Ziele:

1. Kennenlernen und das Vertrauen aufbauen in die Arbeit der Datenschutzstelle.
2. Die Ressourcen evaluieren und Prioritäten setzen für meine Arbeit.
3. Natürlich Daten schützen. Respektive Datenschutz ist ja kein Selbstzweck, sondern was wir schützen, das ist das Grundrecht auf Privatsphäre der Leute in dieser schönen Stadt.

Danke vielmals. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Vielen Dank, Herr Naef. Wir wünschen Ihnen schon jetzt einen guten Amtsantritt am 1. Oktober und viel Freude und Befriedigung in diesem spannenden Amt.

An dieser Stelle möchte ich auch seitens der Ratsleitung der Spezialkommission unter der Leitung von Christian Griesser für die speditive und kompetente Arbeit danken. Es ist doch eine spezielle Aufgabe, wenn man nicht ein politisches Geschäft vorbereiten muss, sondern eben ein Wahlgeschäft. Ich denke, das ist sehr rund und glatt gelaufen. Nochmals herzlichen Dank an Christian und seine Kolleginnen und Kollegen in dieser Spezialkommission.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.61: Wahl der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2025/2028 (1.1.2025 - 31.12.2028)

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl (präzisiert: Wiederwahl) der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2025/2028 (1.1.2025 - 31.12.2028). Anstelle der Referentin Iris Kuster spricht der Präsident der Aufsichtskommission, Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (AK): Die Aufsichtskommission beantragt einstimmig, den Leiter der Finanzkontrolle, Patrik Jakob, für eine weitere Amtsperiode von 4 Jahren zu wählen.

Wie kommt man zu einem solchen Antrag, wie kommt man zu einer solchen Beurteilung? Ich weiss nicht, wer von Euch in letzter Zeit in einem Geschäftsbericht einer Firma einen modernen Revisionsbericht gelesen hat. Dieser besteht ja v.a. daraus, zu erklären, wer für was zuständig ist – und für was nicht.

Die Aufsichtskommission – nicht schwierig zu erraten – ist zuständig für die Aufsicht über die Finanzkontrolle. Sie ist aber nicht zuständig für die fachlichen Inhalte, für die fachliche Prüfung und für die Beurteilung, ob die fachliche Prüfung korrekt ist. Das sind aber natürlich alles Dinge, die als Resultat der Finanzkontrolle wichtig sind. Wie kommen wir also dazu, zu glauben, dass Patrik Jakob mit seinem Team in den letzten 4 Jahren gute Arbeit geleistet hat, so dass wir das nochmals 4 Jahre machen möchten?

Zum einen hat natürlich das Parlament und auch die Aufsichtskommission Augen und Ohren auch ein bisschen offen. Man hört schon, wenn das Feedback zu einer solchen Stelle schlecht ist oder es laufend Reklamationen gibt. Das war nicht der Fall. Und zum anderen diskutiert die Aufsichtskommission Revisionsberichte durchaus auch sehr intensiv. Selbstverständlich eher diejenigen, bei denen man auch etwas gefunden hat. Auch wenn die anderen auch ganz wichtig sind. Man kann daraus auch ein bisschen ableiten – im Sinne von Stichproben – wie denn der Gesamtzustand der Stadtverwaltung bei solchen Themen beurteilt wird. Wir haben also diese Diskussionen und wir haben auch Diskussionen mit der Finanzkontrolle, auch über den Hintergrund, wie man das macht, wie man ankommt etc.

Und es ist ganz offensichtlich, dass die Finanzkontrolle im Rahmen des Möglichen eine hohe Akzeptanz hat. Wir sprechen da über eine Rolle, die in der Beliebtheitsskala irgendwo zwischen Steuerkommissär und Zahnarzt ist. Und wenn man da hin und wieder noch ein gutes Feedback erhält, es ganz einfach spannend ist zu diskutieren und man Antworten bekommt auch auf komplizierte Fragen, dann hat das bei der Aufsichtskommission den Eindruck hinterlassen, dass da jemand eine gute Truppe aufgebaut und zusammengehalten hat und dass das zielgerichtet, effizient und effektiv vorwärtsgeht. Und deshalb würden wir uns freuen, wenn wir nochmals 4 Jahre Patrik Jakob und sein Team beaufsichtigen könnten.

In dem Sinne, ich wiederhole mich gerne, beantragen wir dem Stadtparlament einstimmig die Wiederwahl von Patrik Jakob.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke, Christian Hartmann. Auch hier die Frage in die Runde: Gibt es für dieses Amt weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Ich kann auch hier noch ergänzen: Die Amtsdauer ist vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2028, das Pensum ist weiterhin 100%.

Ich darf auch hier ohne Wahlakt Patrik Jakob als gewählt erklären. Herzliche Gratulation. (*Applaus*).

Ich wünsche Dir, Patrik, für die weitere Amtsdauer viel Erfolg und Befriedigung in diesem Amt, das wirklich anspruchsvoll ist, wie es der Referent vorhin gesagt hat. Wir sind immer gespannt auf diese Berichte, die uns doch immer wieder beschäftigen, wie es Christian Hartmann jetzt gerade auch ausgeführt hat. Besten Dank.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.62: Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers anstelle des zurückgetretenen M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers anstelle des zurückgetretenen M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor, anstelle des zurückgetretenen Martin Zehnder (GLP), für den Rest der Amtsdauer 2022 - 2026: Jan Guddal (GLP).

Parlamentspräsident F. Helg: Auch hier die Frage in die Runde: Gibt es weitere Vorschläge für dieses Amt? – Das ist nicht der Fall.

Ich erkläre damit Jan Guddal als Stimmzähler als gewählt und wünsche ihm in diesem Amt – bei dem es jetzt nicht mehr so viel zu tun gibt, aber es gibt es immer noch – viel Befriedigung und Erfolg.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.63: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurückgetretenen Barbara Huizinga (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurückgetretenen Barbara Huizinga (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor, anstelle der zurückgetretenen Barbara Huizinga (EVP), für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026: Daniel Rohner (EVP).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu diesem Amt weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Damit erkläre ich Daniel Rohner als gewählt und auch Dir viel Erfolg in dieser interessanten Kommission.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.64: Wahl von drei Mitgliedern in den Stiftungsrat Winterthur - La Chaux-de-Fonds für die Amtsdauer 2024/2028

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl von drei Mitgliedern in den Stiftungsrat Winterthur - La Chaux-de-Fonds für die Amtsdauer 2024/2028. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor: Christian Griesser (Grüne), Raphael Perroulaz (FDP) und Tanja Scartazzini (Stadtverwaltung). Die Amtsdauer ist vom 1. September 2024 – 31. August 2028.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir haben es gehört, es gibt 3 Vorschläge für diese 3 Sitze. Gibt es weitere Vorschläge? Macht jemand diesen Personen das Amt strittig? – Das ist nicht der Fall.

Damit erkläre ich Christian Griesser, Raphael Perroulaz und Tanja Scartazzini als gewählt und wünsche allen viel Erfolg und Befriedigung in dieser Stiftung dieser Städtepartnerschaft mit La Chaux-de-Fonds.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.56: Einsetzung einer Spezialkommission «Richtplan» (SRP) (Festlegung der Kommissionsgrösse)

Parlamentspräsident F. Helg: Einsetzung einer Spezialkommission «Richtplan» (SRP) mit 9 Mitgliedern. Den Antrag der Parlamentsleitung präsentiert als Vertreter der Parlamentsleitung der 2. Vizepräsident Samuel Kocher.

S. Kocher (PL): Der Stadtrat wird in Kürze dem Stadtparlament eine Vorlage zur Festsetzung des neuen kommunalen Richtplans überweisen. Es handelt sich dabei um ein umfangreiches und schwieriges Geschäft. Darum stellt sich die Frage, ob die Vorlage durch die Sachkommission Städtebau oder eben durch eine Spezialkommission vorberaten werden soll.

Die Parlamentsleitung hat dazu die IFK konsultiert. Die IFK hat sich dann bei der Konsultation mit einem knappen Mehr gegen den Einsatz einer Spezialkommission ausgesprochen. Berücksichtigt man aber die von den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten vertretene Anzahl an Fraktionsmitgliedern, so ergibt sich eine knappe Mehrheit hier im Rat, die sich für eine Spezialkommission aussprechen kann.

Aus diesem Grund hat sich die Parlamentsleitung entschieden, den Antrag für eine Spezialkommission dem Parlament heute vorzulegen.

Spricht sich das Parlament für eine Spezialkommission aus, wird die Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Spezialkommission dann in der Abendsitzung behandelt. So hat die IFK noch Zeit, um die Vorschläge für die Mitglieder in eine solche Kommission und das Präsidium dem Stadtparlament entsprechend vorzuschlagen.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke, Samuel Kocher. Gibt es zu diesem Thema Wortmeldungen? Sonst schreiten wir gleich zur Abstimmung. – Es gibt keine Wortmeldungen. Ich bitte alle, zu kontrollieren, ob sie ihre Karte eingesteckt haben, damit sie abstimmen können.

Abstimmung über die Einsetzung einer Spezialkommission mit 9 Mitgliedern.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmung: 39 Ja, 16 Nein, 0 Enthaltungen.

Damit ist dem Antrag zugestimmt. Es ist ein zweiteiliger Antrag: Einerseits, dass es eine Spezialkommission gibt, und zweitens, dass diese 9 Mitglieder hat.

Das hat zur Folge, dass wir uns nach der Sitzungspause mit der Wahl der Mitglieder und des Präsidiums auseinandersetzen werden. Die IFK hat dafür bereits eine Sitzung in der Sitzungspause vorgesehen. Das Traktandum 8 kommt wie gesagt nach der Nachtessenspause zu Beginn der Abendsitzung.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.46: Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur. Das Geschäft wurde bereits an der letzten Sitzung traktandiert und verschoben auf die heutige Sitzung. Wie eingangs gesagt ist angedacht, dass das Geschäft ohne Diskussion behandelt wird. Vorgestellt wird es vom Referenten der SSK, Benedikt Oeschger.

B. Oeschger (SSK): Als Referent der vorberatenden Kommission stelle ich Euch den Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde – kurz SoBe - vor und ich begründe den Antrag auf positive Kenntnisnahme. Der Geschäftsbericht wurde in der SSK unter Anwesenheit des Präsidenten, Nicolas Galladé, und des Vizepräsidenten, Beat Friedländer, behandelt. Der Sozialhilfebehörde danke ich ganz herzlich für ihr Schaffen im Geschäftsjahr 2023.

Die SoBe der Stadt Winterthur ist eine eigenständige Kommission gemäss Gemeindegesetz des Kanton Zürichs. Als Exekutivorgan legt sie die strategische Ausrichtung von den Stellen im DSO fest, die bei der Durchführung der Sozialhilfe zuständig sind und ist auch die Aufsichtsbehörde dieser Stellen. Die SoBe ist auch die Entscheidungsinstanz für Begehren auf Neuurteilung von Sozialhilfe-Entscheidungen.

Die SoBe wird von der Geschäftsstelle unterstützt, die infolge einer Reorganisation auf das Geschäftsjahr 2024 neu direkt der Bereichsleitung Soziale Dienste unterstellt ist.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die Behörde insgesamt sieben Mal getagt.

So hat sie sich auch in diesem Geschäftsjahr mit dem unrechtmässigen Bezug von Sozialhilfeleistungen auseinandergesetzt. Seit 2021 untersucht die Stelle «Rückforderungen» gezielt den Themenbereich rund um Rückforderungen von ausgerichteter Sozialhilfe durch Liegenschaften, Erbschaften, etc. Bei 5.1% der Fälle wurde ein Rückforderungsanspruch – im Median von 1'440 Franken – geltend gemacht. Nicht deklarierte Erwerbseinnahmen machen den Grossteil der Beanstandungen aus. Das Thema Rückforderungen wie auch die Fallrevision wird auch in nächster Zeit Thema bleiben.

In einer weiteren Sitzung haben die Mitglieder der Sozialhilfebehörde den Auftrag erteilt, die Entwicklungen der Miet- und Nebenkosten genauer zu analysieren, um frühzeitig einen Vorschlag zur Anpassung der Richtlinien diskutieren zu können. Im Mai dieses Jahres wurde der auf Basis einer Analyse der Mietzinssituation eine Anpassung, die der Teuerung Rechnung trägt, beschlossen.

Die Kernaufgabe der SoBe ist die Dossierprüfung. Diese finden zusätzlich zu den Behördensitzungen statt, 2 x im Quartal, also 8 x jährlich. Dabei werden die Anspruchsberechtigung auf Sozialhilfe, die Rechtmässigkeit der Ausrichtung und die Zweckmässigkeit der Fallführung geprüft. Im Vergleich zum Vorjahr (also Geschäftsjahr 2022) wurden im Geschäftsjahr 2023 fast doppelt so viele Dossiers geprüft. Das ist deswegen, weil sich diese Behörde im Geschäftsjahr 2022 neu konstituierte und dadurch wegen der Einarbeitung weniger Dossiers geprüft wurden.

Der Bezirksrat, der im Auftrag des Regierungsrats die Oberaufsicht ausübt, hat anlässlich seiner Visitation festgehalten, dass er das Engagement und Motivation als sehr positiv bewertet. Es darf gehofft werden, dass dies wegen der vielen Wechsel, die es in der SoBe gab, bis zum Ende der Legislatur anhält. Persönlich bin ich dahingehend sehr zuversichtlich.

In diesem Sinne beantrage ich namens der SSK die positive Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2023 und bedanke mich nochmals für die wertvolle Arbeit.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke, Benedikt Oeschger. Dann hat Nicolas Galladé in seiner Doppelfunktion als Stadtratsmitglied und Präsident der Sozialhilfebehörde noch das Wort, sofern er das möchte.

Stadtrat N. Galladé: Ich kann es ganz kurz machen. Ich bedanke mich beim Referenten für seine Ausführungen und habe dem nichts hinzuzufügen.

Parlamentspräsident F. Helg: Der Antrag lautet auf zustimmende Kenntnisnahme.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 55 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.

Der Bericht wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen meiner Funktion als Präsident bei der Sozialhilfebehörde, in der ja viele Milizmitglieder dabei sind, für ihre Arbeit, die häufig nicht so im Fokus der Öffentlichkeit steht, aber nichtsdestotrotz sehr wichtig ist.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.34: Verpflichtungskredit von Fr. 6'830'000 für Ersatzneubau Forstwerkhof (Projekt-Nr. 13328)

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von Fr. 6'830'000 für Ersatzneubau Forstwerkhof (Projekt-Nr. 13328). Das Geschäft wird wie eingangs erwähnt ohne Diskussion behandelt, vorgestellt wird es vom Referenten der SBK, Selim Gfeller.

S. Gfeller (SBK): Ich darf das Geschäft des Verpflichtungskredit für den Ersatzneubau Forstwerkhof vorstellen. Es geht um das Geschäft 2024.34 mit einem Gesamtbetrag von 6.83 Millionen.

Allgemein: Die Entwicklung des Forstbetriebs, wie sie uns aufgezeigt wurde, ist so, dass die Anzahl Mitarbeitende über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich zurückging. Der Grund, weshalb diese zurückging, ist vor allem, weil die Grossmaschinen und die Maschinen allgemein mehr im Wald leisten können und dadurch weniger Arbeitende nötig sind.

Auch die Anzahl Stützpunkte konnte im Gleichschritt über die letzten Jahrzehnte konsolidiert werden. Und durch den Zustand der jetzigen Forstwerkhöfe hat man geschaut, wo ein Standort sein könnte, damit man diese verschiedenen Dinge an einem Standort zusammenziehen könnte, so dass man das an einem Standort machen könnte statt dezentralisiert über mehrere Standorte. Das hat man mit einem Standortkonzept evaluiert.

Die aktuelle Situation, der Grund, weshalb ein Ersatzneubau nötig wurde, sieht man hier als Fallbeispiel. Zum einen hat man hier den Forstwerkhof Töss, wo man sieht, der ist relativ alt. Auch die Infrastruktur, z.B. die Büroanlagen innerhalb der Werkhöfe, sind nicht zweckmässig für städtisches Personal, sie entsprechen eigentlich nicht dem Standard. Auch die Lagermöglichkeiten sind z.T. sehr beschränkt oder nicht mehr zeitgemäss und nicht sicher. Und man hat in den Mannschaftsräumen, den Gruppenräumen und Aufenthaltsräumen keine Möglichkeiten, um sein Tupperware oder Geschirr abzuwaschen. In gewissen Anlagen gibt es keine getrennten Garderoben oder geschlechtergetrennte Toiletten. Wir haben also einen Zustand, der eigentlich wirklich nicht mehr zeitgemäss ist.

Daraus hat man eine Standortwahl durchgeführt und hat Anforderungen definiert: Es muss z.B. ein zonenkonformes Areal sein, eine zentrale Lage am grössten Wald der Stadt, ein Anschluss an das übergeordnete Strassennetz, damit man mit den Maschinen auch schnell an den Arbeitsort kommt. Das Areal muss genügend gross sein, um die Maschinen zu beherbergen, und es muss gut erschliessbar sein, damit man die Leitungen (Wasser, Strom, Glasfaser) mit einem verhältnismässigen Aufwand dorthin ziehen kann. Und vorzugsweise sollte das Land im Eigentum der Stadt sein, damit man diesen Ausgabenblock reduzieren kann. Aus verschiedenen Standorten, die dann unter diesem Anforderungskatalog geprüft wurden, hat sich der Standort am Eschenberg als am besten geeignet herausgestellt. Die Planung ging dann so weiter, dass man auf diesem Areal die weitere Planung vorgenommen hat.

Das Resultat dieser Planung ist ein schlichter Bau, man nennt das Low-tech-Konzept, d.h. man versucht, den Minergie-Standard auf die Räume zu reduzieren, wo es nötig ist. Und dort, wo man darauf verzichten kann, versucht man mit einfacheren Methoden vorzugehen.

Das Tragwerk, wie man es auf der Visualisierung sieht, ist fast komplett aus Holz. Das Holz soll aus dem städtischen Wald kommen, also ein CO₂-technisch sehr nachhaltiger Bau und auch vom Material her sehr nachhaltiger Bau.

Da sich dieses Grundstück im Wald befindet, gibt es sehr strenge Vorgaben des Kantons, was diese Anlage betrifft: Es dürfen nur die zwingend notwendigen Räume dort erstellt werden für Tätigkeiten, die auch im Wald ausgeführt werden müssen. Also es können nicht irgendwelche Verwaltungsangestellten, deren Beruf nicht einen direkten Zusammenhang hat mit dem Wald, dort arbeiten, sondern wirklich nur die Personen, die einen direkten Bezug dazu haben. So kommt dann auch z.B. die Dimensionierung der Büroräume zustande. Was

natürlich auch dort sein wird, das sind die grossen Maschinen, der Maschinenpark und der Werkunterhalt von Stadtgrün.

Als Heizung ist ein Stückholzheizkessel angeplant. Wegfallen, also nicht gebaut werden, wird eine Stückholzhalle. Aufgrund des Aufwands und weil das Private auch anbieten, hat sich Stadtgrün entschieden, dass man das in Zukunft nicht mehr anbieten wird. Schnitzelholz hingegen wird man weiterhin anbieten. Und darauf baut das ganze Raumprogramm auf.

Die Termine: Die Projektierung ist bereits abgeschlossen, deshalb sind wir hier. Die Bewilligungsphase findet statt. Der Grund, weshalb es jetzt hier ist, ist, weil die Submission für das Holz schon relativ bald kommen muss. Denn das Holz muss geschlagen werden und es soll ja dann auch noch trocknen, bevor es verbaut wird.

Im Q3/2024 wird die Submission restliche Gewerke stattfinden, der Holzschlag voraussichtlich im Winter. Die Ausführung ist vorgesehen ab 4. Quartal 2024 und die Inbetriebnahme 2 Jahre später, ca. Ende 2026.

Die Kreditvorlage beinhaltet die 6.83 Millionen. Die Bruttoinvestitionen sind ca. 8.63 Millionen, wovon man knapp 900'000 Fr. abziehen kann aus dem Forstreservfonds, den man geäufnet hat, und weitere 900'000 Fr., die für den Projektionskredit bereits gesprochen wurden. Das ergibt die 6.83 Millionen, über die wir heute befinden werden.

Die Diskussion in der Kommission oder allgemein die kritischen Punkte, die diskutiert wurden: Dabei ging es zum einen um die Standortwahl im Wald – ist es wirklich nötig, einen Forstwerkhof im Wald zu bauen oder gibt es da nicht andere zweckmässige Areale, die nicht im Wald sind? Es konnte uns aufgezeigt werden, welches die Vorteile dieses Standorts sind, z.B. dass er nichts kostet, dass man dort sonst nicht bauen kann und die gute Lage, dass man direkt im Wald ist, im grössten Wald der Stadt, und dass es sich eigentlich um ein bestgehendes Areal handelt.

Des Weiteren war die Lebensdauer des Bauholzes eine Frage, weil das Bauholz unbehandelt sein soll. Dort konnte uns auch versichert werden, dass das keinen Einfluss hat auf die Lebensdauer des Baus an und für sich, und dass die Wartungskosten für dieses Gebäude im selben Rahmen sind wie bei jedem anderen Gebäude auch.

Dass der Brennholzverkauf nicht mehr existiert, sondern nur noch die Holzschnitzel, konnte uns auch gut begründet werden mit der fehlenden Wirtschaftlichkeit und dem Argument, dass das private Anbieter auch gut abdecken und die Stadt da eigentlich nicht mehr unbedingt aktiv sein muss.

Damit wäre ich auch schon am Ende der Präsentation. Die SBK schlägt vor, das Geschäft anzunehmen.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte es nicht gross verlängern. Es wurde sehr gut vorgestellt durch Selim Gfeller.

Ich möchte nur noch die «Entwarnung» durchgeben: Am nächsten Forstrundgang könnt Ihr Euch ganz ungezwungen anmelden, es wird Euch dann keine neue Investitionsplanung präsentiert. Beim letzten Forstrundgang haben wir Euch ja auch ein bisschen gezeigt, wie die Situation im jetzigen Forstwerkhof ist, um zu zeigen, dass es aus unserer Sicht wirklich nötig ist. Aber für diejenigen, die sich noch nicht angemeldet haben für den Forstrundgang: Ihr könnt das ganz ungezwungen machen und werdet dann nicht an eine Werbeveranstaltung eingeladen.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir bereits abstimmungsbereit.

Abstimmung über den Kredit von 6.8 Millionen für den Ersatzneubau Forstwerkhof.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 55 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.

Dem Kredit wurde einstimmig zugestimmt.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.39: Verkehrsbaulinien Teilrevision 2024 und Aufhebung Strassenteilstück Talacker-/Römerstrasse

Parlamentspräsident F. Helg: Verkehrsbaulinien Teilrevision 2024 und Aufhebung Strassenteilstück Talacker-/Römerstrasse. Auch dieses Geschäft wird ohne Diskussion behandelt. Auf dem Kommissionsbeschlussblatt sieht man, dass der Kommissionsantrag zu gewissen Anträgen nicht einstimmig ist, aber das Mitglied, das eine Nein-Stimme eingelegt hat, hält nicht daran fest, so dass die Voraussetzungen da sind, auch dieses Geschäft ohne Diskussion behandeln zu können.

Bei diesem Geschäft ist Michael Gross, der auch Mitglied ist in der SBK, im Ausstand. Das Wort hat der Referent der SBK, Benedikt Zäch, für die Vorstellung des Geschäfts.

B. Zäch (SBK): Ich darf Ihnen das Paket 2024 der Teilrevision Verkehrsbaulinien vorstellen. Es hat zwei kleine Änderungen und eine mittelgrosse.

Die eine der kleinen Änderungen ist in Veltheim, an der Bettenstrasse. Dort geht es um die Anpassung einer Baulinie in einer Reihe von insgesamt 5 Reihenhäusern. 4 davon haben jeweils eine gerade Baulinie, in Fortsetzung des Hauses. Bei der Baulinie des 5., des äussersten Hauses, ist eine Ecke drin, die quasi eine Aussparung darstellt. Dies wurde in den 50er-Jahren gemacht, offensichtlich um Freiraum für einen kleinen Park zu geben. Der Antrag des Hausbesitzers war, diese Baulinie den anderen anzupassen und damit eine bessere Ausnutzung des Grundstücks zu ermöglichen. Die Stadt kam zum Schluss, dass nichts dagegen spricht: Es gibt keine Niveaulinie, die man berücksichtigen muss, es gibt keine Strassenräume, die man sichern muss, der kleine Park, der der Stadt gehört, ist ohnehin gesichert und der Strassenabstand ebenfalls. Der Vorschlag ist deshalb, diese Baulinie analog zu den anderen in gerader Fortsetzung der strassenseitigen Hausfassade zu verlängern.

Die zweite kleine Anpassung ist in Oberwinterthur am Hanspeterweg. Da gibt es zwei Baulinien in dem kleinen Weg, der nicht der Feinerschliessung dient, also keine Erschliessungsfunktion hat. Sie sind unterschiedlich definiert: Im einen Fall sind es 5 m (im nördlichen Grundstück), im anderen Fall sind es 4.4 – 4.6 m. Hier gibt es den Antrag des Grundstückbesitzers im Norden, das anzupassen auf den Normalabstand, das sind 3.5 m vom Weg. In der kantonalen Vorprüfung verlangte der Kanton, dass das auf beide Seiten gemacht wird, also Gegenrecht eingehalten wird, aus Rechtsgleichheitsgründen. Und deshalb lautet der Antrag, dass man auf beiden Seiten die Baulinien auf 3.5 m Wegabstand macht. Im Norden gemäss dem Antrag und im Süden im Sinne der Rechtsgleichheit. Man hätte die Baulinien auch aufheben können, denn der Wegabstand ist sowieso 3.5 m. Man wollte die Baulinien aber trotzdem setzen, damit es nicht einen Baulinien-Unterbruch gibt in diesem Gebiet und damit auch Klarheit herrscht, wo die Baulinie ist. Sonst hätte es an beiden Orten eine Lücke gegeben.

Die 3. Anpassung ist eine mittelgrosse Anpassung. Dabei geht es um die Überbauung Unteres Bühl, die der AXA-Anlagestiftung gehört. Das ist auch der Grund, weshalb Michael Gross (auch in der Kommission) in den Ausstand getreten ist, da er bei der AXA arbeitet. Da hat die AXA eine Testplanung veranlasst mit einem Wettbewerb, für eine Erneuerung dieser Überbauung, die aus Ende 70er-/Anfang 80er-Jahre stammt und übrigens auch im römischen Vicus Vitodurum ist, man sieht das da im Nordosten. Das Resultat dieses Wettbewerbs hat ergeben, dass man kleine Anbauten macht bei verschiedenen Hauseinheiten (das sind die braunen Teile) und v.a. links im Nordwesten einen Solitärbau, der die Kreuzung, die dort ist, besser beleben soll mit einer Nutzung. Das hat die Stadt ausgehandelt, dass es dort eine gewerbliche Nutzung, allenfalls Café u.ä. geben soll im Erdgeschoss, und gleichzeitig soll es auch eine bauliche Erweiterung darstellen. Jetzt ist es so, dass dieses Haus gewissermassen über die Baulinie herausragt und deshalb war der Wunsch, dass man diese Baulinie anpasst. Die Baulinie ist in Anlehnung an die jetzige Geometrie der Kreuzung quasi rund gemacht worden, man sieht das hier links. Sie folgt ungefähr der Parzellengrenze. Diese Baulinie soll jetzt

angepasst werden, damit der Solitärbau ein bisschen näher an die Kreuzung heranrücken und damit eben auch die Kreuzung markiert und belebt. Und gleichzeitig werden damit Strassenabstand und Baulinie auf die gleiche Distanz gesetzt. Damit entsteht eine Ecke statt einer Rundung, Baulinie und Parzellengrenze werden versetzt, die Baulinie ist also das eine. Damit das gemacht werden kann, hat man einen Landtausch mit der AXA vereinbart, bei dem man gegenseitig Land abtauscht: Die AXA erwirbt 178 m² an der Kreuzung Talacker-/Römerstrasse (die übrigens als Kreuzung nicht verändert wird) und die AXA gibt im Gegenzug 115 m² im Trottoirbereich an die Stadt ab, einerseits an der Talackerstrasse, andererseits an der Römerstrasse. Per Saldo gibt das dann noch eine Grundstücksfläche von 63 m², welche die AXA von der Stadt erwirbt zu einem Preis von 1'200 Franken. Damit lässt sich die Baulinie und auch die Parzellengrenze quasi dem effektiven Strassenverlauf anpassen. Das führt dann dazu, dass eine Ziffer der Weisung eine formelle Aufhebung eines Strassenstücks bedeutet. Und zwar nicht von einem Strassenstück Fahrbahn, sondern von einem Strassenstück Trottoirbereich (der ja auch zum Strassenraum gehört). Die Talackerstrasse und die Römerstrasse werden nicht tangiert, die Kreuzung wird auch nicht tangiert. Und die revidierte Baulinie hat dann neu einen gleichbleibenden Abstand von 7 m zum Strassenrand. Das ist das Paket, das vorliegt. Es hat zwei Ziffern in der Weisung, eine Ziffer für die Baulinienanpassung und eine zweite Ziffer, bei der es um die Aufhebung dieses Strassenstücks geht.

Wir haben diese drei Geschäfte miteinander beraten, die beiden in der Bettenstrasse und im Hanspeterweg waren unbestritten mit 9:0.

Das Resultat von 7:1 hat wie gesagt einerseits mit dem Ausstand eines Mitglieds der SBK zu tun (deshalb 8 und nicht 9 Stimmen) und ein weiteres Mitglied wollte sich rückversichern, ob allenfalls Diskussionsbedarf besteht. Das wurde jetzt aber nicht aufrechterhalten und nach Stand heute sind alle drei Geschäfte zu Null durch die SBK. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke für die Präsentation, Benedikt Zäch, dieses doch ziemlich technischen Geschäfts. Dann hat das Wort jetzt noch die zuständige Stadträtin Christa Meier.

Stadträtin Ch. Meier: Ich mache es auch sehr kurz. Ich möchte mich bei der SBK für die konstruktive Behandlung des Geschäfts und beim Kommissionsreferenten für die gute Vorstellung bedanken. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Wie es der Kommissionsreferent gesagt hat, haben wir in diesem Geschäft mehrere Anträge. Es sind drei Hauptanträge, einerseits mit Ziffer 1 die Festsetzung der Baulinie, Ziffer 2 Einholung der kantonalen Genehmigung und Ziffer 3 die Aufhebung dieses Strassenstücks. Ich mache beliebt, die Anträge gesamthaft zur Abstimmung zu bringen. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch, wir machen also eine Gesamtabstimmung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmung: 54 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.

Die Vorlage ist einstimmig angenommen und das Geschäft damit erledigt.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.49: Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur. Das Wort hat die Erstinterpellantin Nicole Holderegger.

N. Holderegger (GLP): Wir alle wissen: Bildung ist ein wertvolles Gut. Für uns alle, insbesondere aber für unsere Kinder und damit auch für unsere Stadt, für die Zukunft dieser Stadt. Die vorliegende Interpellation betrifft die Bekämpfung des Lehrpersonenmangels in der Stadt Winterthur. Diese Interpellation wurde vor über einem Jahr eingereicht. Die Schulpflege, sie ist zuständig für die Beantwortung, hat das am 15. November gemacht. Und ja, es ist schade, dass wir erst heute, nach dem Beginn des laufenden Schuljahrs 2024/2025, dieses Geschäft debattieren können. Schade ist auch, dass ich im Hinblick auf die heutige Debatte trotz entsprechender Nachfrage keine aktuellen Zahlen erhalten habe. Andererseits aber ist das Geschäft «Lehrpersonenmangel» ein politischer Dauerbrenner. Es ist nicht etwas, das vorbeigeht – es geht auch deshalb nicht vorbei, weil die Schülerzahlen in der Stadt Winterthur weiter steigen und, wir konnten es Mitte August im Landboten lesen, dieses Jahr einen Rekordwert erreicht haben.

Der Lehrpersonenmangel, meine Damen und Herren, kann sich potenziell auf unsere Kinder, auf unsere Jugendlichen, aber auch auf unsere Lehrerschaft auswirken.

Wir konnten am 12. August im Landboten nachlesen, dass sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr etwas entschärft hat, weil u.a. die Schulen aktiv geworden sind. Dennoch waren für den ganzen Kanton Zürich am 12. August noch 82 Stellen für Lehrpersonen offen. Wie es heute aussieht, das wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, wie es für die Stadt Winterthur aussieht.

Im Legislaturprogramm 2022/2026 hat die Winterthurer Schulpflege im Handlungsfeld 3 «Eine Schule Winterthur» - solide Grundlagen schaffen unter Ziffer 4 folgendes Ziel gesetzt: «Die Schule Winterthur ist eine attraktive Arbeitgeberin für alle Mitarbeitenden. Sie begegnet der Personalknappheit auf wirkungsvolle Art und Weise». Mit der vorliegenden Interpellation wollten wir Antworten erhalten auf die Frage, wie es denn aussieht mit Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels in der Stadt Winterthur. Denn es ist ein Fakt: Wir haben ihn immer noch.

Zu den möglichen Gründen für diesen Mangel hat die Winterthurer Schulpflege ausgeführt, dass es 1. einen ausgeprägten Fachkräftemangel in allen Bereichen gibt; 2. ein deutliches und anhaltendes Wachstum der Schülerinnen und Schüler besteht (das habe ich schon gesagt, das ist auch dieses Jahr so, wir haben einen Rekordwert); 3. HarmoS-bedingte Vorverschiebung des Schuleintrittsalters (unsere Schülerinnen und Schüler werden tendenziell immer jünger); und 4. ein anhaltender Zuzug von Flüchtlingen, der weiterhin stattfindet. Ich sage das ohne Wertung.

Alle diese Gründe gelten auch für Winterthur und sie gelten auch noch heute. Wichtig ist, dass sich die Winterthurer Schulpflege dieser herausfordernden Situation auf dem Stellenmarkt bewusst ist und sie sich zum Ziel gesetzt hat, als attraktive Arbeitgeberin für die Lehrpersonen in unserer Stadt zu gelten.

Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion die richtige Richtung. Es ist heute die richtige Richtung und sie wird es auch in Zukunft sein.

Ich gehe ganz kurz auf die einzelnen Fragen und Antworten der Schulpflege eingehen.

Frage 1 war, was Winterthur macht, um in der Wahrnehmung von Lehrpersonen als attraktive Arbeitgeberin zu gelten. Die Stadt Winterthur, man kann es lesen, setzt auf verschiedene Massnahmen, um dem Lehrpersonenmangel effektiv zu begegnen. Beispielsweise gibt es ein jährliches und kostenloses Weiterbildungsprogramm für alle pädagogischen Fachpersonen. Dann stärkt man die Zusammenarbeit in den pädagogischen Fachteams, die Schulleitungen werden durch die Leitungen Bildung professionell unterstützt und, das ist wichtig, auf der Ebene der Wertschätzung würdigt man Jubiläen und auch Pensionierungen von Lehrkräften gebührend. Seit einem Jahr ist auch die Einführung und Begleitung von neuen Schulleitungen in den ersten Berufsmonaten professionalisiert worden. Zudem, darauf komme ich noch bei Frage 4 kurz darauf zu sprechen, wird auch eine Stellenbörse geprüft. Wichtig wäre es zu wissen, wie es aktuell aussieht und wie sich v.a. die vakanten Stellen, die nicht vorhandenen Leitungen Bildung, auf die Betreuung der Schulleitungen auswirkt. Denn das, das wissen wir, steht auch im Zusammenhang mit dem Lehrpersonenmangel. Es ist eine Massnahme dagegen, wenn man die Schule von innen heraus stärkt. Es wäre auch wichtig zu wissen, ob die Begleitung der Schulleitungen erste Früchte trägt. Vielleicht gibt es dazu heute noch Antworten.

Bezüglich der Messwirkung in Frage 2 ist kurz auszuführen, dass die verschiedenen Anlässe bei Bedarf weiterentwickelt werden und auch alle Schulen der Stadt Winterthur von der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung regelmässig beurteilt und evaluiert werden. Alle Rückmeldungen, das dünkt mich auch wichtig, fliessen dann bei der Schulpflege zusammen und werden auch inhaltlich bearbeitet. Und die GLP-Fraktion geht davon aus, dass wenn Massnahmen notwendig sind, diese auch umgehend ergriffen werden.

Zu Frage 3 betreffend Zusammenarbeit der Stadt Winterthur mit der pädagogischen Hochschule Zürich zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels wird ausgeführt, dass seit 2021 die PHZH die berufspraktische Ausbildung mit Praxiszentren erweitert hat. Die Stadt Winterthur hat aktuell zwei dieser Praxiszentren. Diese funktionieren so, dass man während dem Studium dort Praktika in diesen Zentren absolvieren kann. So lernen die Schulen künftige Lehrpersonen kennen und umgekehrt. Das ist sicher ein bewährtes Mittel. Dann gibt es weitere Massnahmen wie Gruppencoaching, gerade auch für Lehrpersonen, die kein Lehrdiplom haben. Das betrifft ja dann auch die nachfolgende Interpellation. Die GLP-Fraktion hat zu dieser Antwort keine weiteren Anmerkungen.

Wenn es jetzt bei der nächsten Frage darum geht, wie es bezüglich einer städtischen Stellenbörse aussieht, so stellt die GLP-Fraktion erfreut fest, dass sich das bereits heute als geeignetes Mittel erweist und mit Zustimmung der Betroffenen geeignete Personen quasi untereinander vermittelt werden und eine solche Plattform für Lehrpersonen aufgeschaltet werden soll. Es wäre schön gewesen, da zu wissen, was da ungefähr der Zeithorizont ist, auch wenn (das wissen wir auch) das Schuldepartement aktuell sicher zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen hat. Ein gewisser Zeithorizont würde auch Planungssicherheit schaffen.

Die Frage 5 zielt darauf ab, den Zusammenhang zwischen Knappheit des Schulraums und der Attraktivität von möglichen Lehrpersonen, die sich für eine Stelle in unserer Stadt interessieren, zu ergründen. Die Antwort der Schulpflege ist kurz, ehrlich und unbefriedigend: Knapper Schulraum kann sich nämlich auf die Attraktivität für Stelleninteressenten auswirken, es kann zu Absagen führen. Wir alle wissen es, wir haben es auch schon mehrfach diskutiert in diesem Kreis: Der Schulraum in der Stadt Winterthur ist knapp. Wir sind mit mehreren Schulhäusern im Rückstand und es wäre wichtig, gerade auch wenn man dem Lehrpersonenmangel begegnen möchte, da möglichst schnell Abhilfe zu schaffen.

Die letzte Frage ist eine Managementfrage und zielte darauf ab, was denn die Kündigungsgründe sind von Lehrpersonen, die in Winterthur gearbeitet haben, die unsere Stadt dann verlassen? Da ist wichtig zu wissen: Man möchte das systematisieren mit Austrittsinterviews. Auch das ist on the way, aber es ist noch nicht umgesetzt – oder ich wüsste nichts davon. Auch da wäre ein möglicher Zeithorizont wichtig zu wissen.

Ich komme zum Fazit: Zusammengefasst sind aus der Sicht der GLP die Antworten der Winterthurer Schulpflege stringent, nachvollziehbar und sie dienen dazu – und das ist v.a. wichtig – dass man sieht, dass die Winterthurer Schulpflege an der Umsetzung des Legislaturziels

«Eine Schule Winterthur – solide Grundlagen» dran ist, dass etwas passiert. Es ist auch wichtig, denn Winterthur muss auf dem weiterhin hart umkämpften Lehrstellenmarkt gut bestehen können.

Nach dem Gesagten dankt die GLP-Fraktion der Schulpflege und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Danke.

P. A. Werner (SVP): Zuerst danke vielmals, Nicole Holderegger, für das ausführliche Votum. Viel mehr gibt es von meiner Seite nicht dazu zu sagen. Was mir wichtig ist, das ist die Erörterung, dass der Lehrpersonenmangel in Winterthur seit Jahren ein heisses Thema ist und die Lage sich definitiv noch nicht entspannt hat. Obwohl die Stadt Winterthur die Zusammenarbeit mit der pädagogischen Fachkommission sucht, verschiedene Dienstleistungen anbietet und auch Jubiläen wie auch Pensionierungen anständig würdigen will, ist die Lage effektiv noch nicht entspannt.

Wie wir vorhin gehört haben, haben wir wieder sehr viele neue, junge Kinder, die jetzt das Schulleben angetreten haben. Was ich einmal hinterfragt habe, ob sich die Lage einmal entspannen wird, ob es einen Rückgang geben wird bei der Geburtenrate, bei den Zuwanderungen – das ist etwas, was man sicher noch im Hinterkopf behalten müsste.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort der Schulpflege zustimmend zur Kenntnis und ich erwarte gerne weitere Massnahmen seitens Schulpflege betreffend Entspannung beim Lehrpersonenmangel. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort der Schulpflege zur Interpellation positiv zur Kenntnis.

Es freut uns zu sehen, dass die Schulpflege den Handlungsbedarf erkannt hat und sich für diese Legislatur das Ziel gesetzt hat, mit der Stadt Winterthur als attraktive Arbeitgeberin aufzutreten zu können.

Unsere Stadt tut dies bereits, indem sie den Lehrpersonen verschiedene Dienstleistungen anbietet. Unter anderem im Bereich der Kulturförderung, der Sportförderung, mit dem schulärztlichen Dienst oder in Kooperationen mit den Bibliotheken. Es wird auch jährlich von der Schulpflege ein Weiterbildungsangebot verabschiedet.

Um sich als attraktive Arbeitgeberin jedoch verbessern zu können, ist es unserer Meinung nach unerlässlich, dass bei jeder Kündigung Austrittsgespräche stattfinden müssen, so wie es auch Nicole Holderegger ausgeführt hat. Es hat uns sehr überrascht, dass diese nicht systematisch durchgeführt werden. Bei einem Austrittsgespräch sind die betroffenen Personen meistens von jedem Druck losgelöst und offen, in dem Sinne auf Verbesserungen hinzuweisen. Austrittsgespräche sind ausgesprochen wertvolle und mit sehr wenig Aufwand verbundene Mittel, um sich als Arbeitgeberin zu verbessern. Wir begrüssen nicht nur eine Prüfung, sondern eine umgehende Einführung der Austrittsgespräche für alle Schulhäuser.

Wir als Die Mitte/EDU-Fraktion sind zufrieden mit der Antwort der Interpellation, bedanken uns bei der Schulpflege für ihre Ausführungen und nehmen diese positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

D. Roth-Nater (EVP): Nachdem Nicole, André und Pascal gesprochen haben, habe ich wirklich nicht mehr viel zu sagen. Es geht um den Schulraum und da wissen wir inzwischen auch, das ist immer ein Thema und das ist wirklich brennend. Wir sollten mehr Gruppen- und Therapieräume haben, mit denen man die Lehrpersonen wirklich entlasten könnte, indem man mit kleineren Gruppen in einer ruhigeren Umgebung arbeiten könnte.

Dann eine andere Sache, die André jetzt nochmals genau aufgenommen hat, sind die Austrittsgespräche. Das ist auch mir aufgefallen. Das ist etwas, das eigentlich standardmässig stattfinden sollte und das mich schon auch sehr erstaunt hat.

Grundsätzlich glaube ich, dass Winterthur eine attraktive Arbeitgeberin ist. Wenn wir das wirklich auch beachten, was die Raumfragen betrifft und auch, was die Bedürfnisse von Schulleitungen angeht, dann können diese nämlich auch ihren Lehrpersonen, ihren Teams,

nochmals besser schauen. Und da sind wir hoffentlich auf einem guten Weg, auch mit der Schulpflege, die eigentlich gut aufgestellt ist.

Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis und hoffen, dass weitergearbeitet wird.

M. Lischer (Grüne/AL): Wir Grünen danken der Schulpflege für ihre Antworten. Die Gründe für den ausgeprägten Lehrpersonalmangel sind bekannt und schon genannt worden. Mit Blick auf die steigenden Einwohnerzahlen und insbesondere mit dem Zuzug von Familien wird sich die Lage nicht so rasch ändern.

Die Schulpflege schreibt in ihrer Antwort, dass es in der Vergangenheit schon immer sich abwechselnde Bedarfszyklen gab. Das heisst, nach einem Lehrpersonenmangel gab es eine Lehrpersonenarbeitslosigkeit und später dann wieder einen Lehrpersonenmangel. Die Stadt Winterthur kann auf diese Entwicklung nicht direkt steuernd eingreifen, denn letztendlich ist es ja der Kanton, der diese Lehrpersonenausbildung an der pädagogischen Hochschule unter sich hat.

Die Stadt Winterthur selbst macht ihr Möglichstes, um genügend geeignete Lehrkräfte zu finden und als attraktive Arbeitgeberin die Lehrpersonen auch zu behalten. Das wird aus der Antwort der Schulpflege deutlich.

Wir Grünen sind zufrieden mit der Antwort und sind gespannt, was die zuständige Stadträtin heute zum Stand seit der Beantwortung der Interpellation noch ergänzen wird.

G. Stritt (SP): Ich verlese 1:1 den Text von Thomi Gschwind, der ja heute abwesend ist.

Wir danken der Schulpflege für die Beantwortung der Interpellation. Es ist positiv, dass wir wie unter Frage 3 erwähnt zwei Praxiszentren haben. Wahrscheinlich wäre dies aber noch auf 3 - 4 ausbaubar, denn wir haben ja genügend grosse Schulhäuser.

Im Allgemeinen würde sich die SP wünschen, dass die Stadt über den Kanton vielleicht versucht, die PHZH dazu zu bringen, dass sie ihr Teilzeitstudium noch ein bisschen teilzeitfähiger macht. Alle, die selbst mal an der PH oder an der ZHAW in einem Teilzeitstudium waren, wissen, dort herrschen nicht Zustände wie an der ETH oder an der Uni. Diese wissen, dass Teilzeit zu studieren unglaublich schwierig und sehr mühsam ist. Drei Wochen vor Semesterbeginn kommen die Stundenpläne und ob pro Jahr oder pro Semester, das hängt ein bisschen davon ab, welches Studium man genau macht. Und man hat trotz Teilzeitstudium ein Vollzeitpraktikum. Ich wiederhole: In einem Teilzeitstudium ein Vollzeitpraktikum.

Das alles verunmöglicht eine saubere Planung und es verunmöglicht teilweise schlicht und einfach ein Studium. Das ist schade und schadet direkt der Rekrutierung und damit der Anzahl Lehrpersonen.

Zu den Fragen 5 und 6: Auch wenn keine systematischen Erhebungen vorliegen und wir die erwähnten Punkte aus Frage 1 (Kooperationen mit Bibliotheken, Dienstleistungen von Seite Kultur und Sport sowie den schulärztlichen Dienst) haben, ist es ein offenes Geheimnis, dass sich die Stadt Winterthur weder mit Schulräumen noch mit sonstigen Angeboten von den anderen Gemeinden abheben kann. Die Ressourcen, die in unsere Schulen fliessen, sind dafür schlicht und einfach zu knapp. Viele Lehrpersonen sind in Winterthur angestellt, weil sie den Mix unserer Schülerinnen und Schüler spannend finden, weil sie in der Stadt Winterthur wohnen, weil sie in ihrem Schulhaus ein tolles Lehrpersonenteam haben oder weil sie – man kann schon es schon fast sagen – altruistische Gründe haben.

Die wenigsten Lehrpersonen können sich in unseren Schulen pädagogisch wirklich entfalten. Die wenigsten können ihren «Traumunterricht» praktizieren und die wenigsten würden bei Umfragen wohl angeben, dass sie alles haben, was sie für eine optimale Ausbildung unserer Kids brauchen.

Der SP ist deshalb wichtig, dass wir uns dieser Umstände 365 Tage im Jahr bewusst sind und schauen, dass wir da dranbleiben und weiter daran arbeiten.

Die SP nimmt die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis und dankt der Schulpflege für ihre Arbeit. Danke.

Ch. Maier (FDP): Das Geschäft ist nominiert für den Pokal des meistverschobensten Geschäfts in diesem Jahr. Ich hoffe jetzt, dass die Antwort der Schulpflege und damit auch meine Antworten auf ihr Antworten noch aktuell sind.

Lehrpersonen sind der mit Abstand wichtigste Faktor für den Lernerfolg unserer Kinder. Wir brauchen gute und motivierte Lehrpersonen und das in genügender Anzahl.

Es ist beruhigend, dass sich die Schulpflege der Herausforderung der Personalbeschaffung bewusst ist. Aber auch nicht wirklich überraschend, das ist ja ihr Tagesgeschäft, das sie – zumindest nach eigener Aussage – im Griff hat.

Hier jetzt ein kleiner Einschub aus Aktualität: Mein mittlerer Sohn, der jetzt gerade in die Sek gestartet ist, freut sich über wöchentlich 5 ausfallende Schulstunden, weil bei seiner Klasse sowohl die Lehrperson für Englisch fehlt wie auch die für das Kochen. Wir haben das nun ein bisschen kompensiert und den Thermomix in der Küche auf Englisch umgestellt, aber wir wissen nicht, ob das reicht, um das zu kompensieren. Ich weiss jetzt nicht, ob das die absolute Ausnahme ist, die wir selbst erleben. Ich hoffe es, ehrlich gesagt. Aber ich weiss es nicht. Ich bin gespannt auf aktuelle Daten. Ende des Aktualitätseinschubs.

Aus der Antwort der Schulpflege ergeben sich für uns nicht wirklich überraschende Erkenntnisse. Dass die Schulpflege, um als Arbeitgeberin gut positioniert zu sein, die Aufschaltung einer Stellen- und Bewerbungsplattform prüft, finden wir nicht ganz schlüssig. Bei Arbeitnehmermangel muss man dorthin, wo die Bewerber sind – und nicht umgekehrt. Zudem tönt das primär nach Mehrkosten. Wir lassen uns aber gerne eines Besseren belehren, dass das wirklich eine gute Idee ist.

Was dagegen nicht viel kostet, aber sehr wertvolle Erkenntnisse liefert, ist die systematische Erfassung von Austrittsgründen. Das finden wir wertvoll und hoffen, dass die daraus gewonnen Erkenntnisse auch wirklich genutzt werden – trotz dem Datenschutzbeauftragten -, dass man die wirklich brauchen kann.

Wir danken in der Summe der Schulpflege für die Beantwortung und nehmen diese positiv zur Kenntnis.

Wenn man aber noch ein bisschen hinauszoomt auf dieses Thema, dann sehen wir auf der einen Seite, dass wir wahrscheinlich nicht nachkommen damit, genügend Beton zusammenzukarren, um genügend Schulraum zu bauen in den nächsten Jahren – wir werden dort nicht nachkommen bei der Nachfrage. Und wir haben ein bisschen das Gefühl, dass das auch bei den Menschen so sein wird, dass wir in absehbarer Zeit nicht genügend Menschen herankarren können, die es braucht, um unsere Kinder zu beschulen. Und das geht allen Gemeinden so. Deshalb sind wir der Meinung, es braucht neue Ideen – und wir sollten heute anfangen, an diesen Ideen zu arbeiten. Danke vielmals.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich denke, die Herausforderungen im Schulwesen sind genannt worden und sie sind erkannt worden. Ich möchte dem eigentlich gar nichts hinzufügen. Und ich möchte es auf keinen Fall abschwächen. Aber ich möchte doch noch auf ein paar Standortvorteile des Schulwesens hinweisen, die wir in Winterthur haben.

Am Beispiel Museumspädagogik: Wir können in Winterthur mit den Schulen ohne grossen Aufwand, ohne irgendetwas abzurechnen, das Technorama besuchen. Diese Eintritte werden automatisch übernommen. Wir können in Museen, der Eintritt wird einfach abgerechnet über die Stadt. Wir können die Führungen buchen, durchaus mehrmals im Jahr, wenn man daran interessiert ist.

Wir haben in der Theaterpädagogik Angebote, bei denen einerseits vielleicht an einem Nachmittag irgendetwas geboten wird oder an dem wir teilnehmen können, bei dem sie in die Schule kommen oder sogar ganze Theaterwochen, die uns über die Theaterpädagogik ermöglicht werden.

Verschiedenste kulturelle Angebote können wir so wahrnehmen. Wir können gratis – also die Stadt bezahlt es – in die Schwimmbäder, gratis auf die Eisbahn (ich habe sogar die Möglichkeit, die Eisbahn am Morgen für zwei Stunden für Klassen zu reservieren), ich kann ohne Aufwand den Bus benutzen.

Natürlich ist es knapp mit der Infrastruktur. Aber ich nehme wahr, dass wir mit den iPads, Digitalisierung und all diesen Sachen in Winterthur gut ausgerüstet sind. Wir haben mit der SCHU::COM wirklich gute Unterstützung. Und gerade wenn wir uns mit der Stadt Zürich vergleichen, so höre ich von meinen Kollegen und Kolleginnen aus der Stadt Zürich viel mehr Klagen als hier in Winterthur.

Ja, eigentlich sollte ich durchaus in dasselbe Horn blasen, wir brauchen noch mehr für die Bildung. Aber ich möchte doch nicht unterlassen zu sagen, dass wir in Winterthur für die Schule auch ganz gute Angebote haben, die man in Marthalen oder in Ossingen nicht hat. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Jetzt ist keine Wortmeldung mehr gemeldet, d.h. das Wort geht jetzt an die zuständige Stadträtin und Präsidentin der Schulpflege. Das Verschieben des Geschäfts hat vielleicht den Vorteil, dass wir jetzt noch aktuelle Daten erhalten in Hinblick auf dieses Schuljahr, das jetzt gerade erst angefangen hat. Bitte, Martina Blum.

Stadträtin M. Blum: Danke für die Voten. Schule bewegt, das haben wir gesehen. Auch wenn sie manchmal ein bisschen hintenanstehen und fast ein Jahr warten muss, bis sie behandelt wird – aber dafür umso engagierter.

Zur Erinnerung vielleicht: Die Schule Winterthur befindet sich nach der Schulbehördenreform in einem beispiellosen Veränderungsprozess – und das in dem Spannungsfeld Wachstum und knapper Schulraum, die auch genannt wurden. Absolute Priorität von mir und der Schulpflege hat jetzt die Stabilisierung der Führung, die Zusammenarbeit Verwaltung mit der neuen Behörde und auch, die Leitungen Bildung in ihrer Wirksamkeit zu stärken. Da müssen wir alle unsere Kraft hineinstecken, das hat absolute Priorität. Wir sind gezwungen zu priorisieren, das ist aber auch gut. Und in dem Sinn haben der Stadtrat und die Schulpflege am 19. Juni gemeinsam einen ziemlich wegweisenden Entscheid getroffen zur weiteren Stabilisierung der Führung.

Und Nicole, zu Deiner Frage wegen der Rekrutierung: Auch da sind wir sehr gut unterwegs. Eine neue Person im Team Leitung Bildung hat im August angefangen und die weiteren werden nach der Entscheidung der Schulpflege dann kommuniziert. Ich starte also sehr positiv in das neue Schuljahr.

Der Lehrpersonenmangel, der angesprochen wurde in der Interpellation, ist natürlich eine zusätzliche Belastung. Die Gründe, das haben wir gehört, sind vielfach. Der grosse Hebel liegt natürlich beim Kanton, der strukturelle Hebel. Bedarf und Nachfrage sind eigentlich nie im Gleichgewicht bzw. das verläuft immer zyklisch, aber das ist tatsächlich eine grosse Belastung, eine zusätzliche Belastung neben Wachstum und knappem Schulraum.

Danke, Kaspar, für Dein Votum. Das wäre auch mein dritter Punkt. Winterthur ist sehr attraktiv für Lehrpersonen. Das Angebot, das auch Kaspar erwähnt hat, in Sport und Kultur ist beispiellos. Ich darf immer einmal im Jahr die neuen Lehrpersonen begrüßen und es wird extrem geschätzt. Ich muss da nicht nochmals drauf eingehen, Du hast das sehr schön bildhaft geschildert, was da alles im Paket drin ist.

Eine weitere zentrale Massnahme ist auch genannt worden, das sind die Kooperationen von Schule mit der PHZH, mit denen wir auch sehr gute Erfahrungen machen.

Die neuen Zahlen haben wir zu Beginn des Schuljahrs kommuniziert (Mitte August): Kommunale und kantonale Lehrpersonenstellen konnten alle besetzt werden, bis auf Kleinstpensen. Vielleicht war das das mit dem Englisch und der Hauswirtschaft. Wir haben jetzt im Moment anfangs Schuljahr 1'330 kantonale und 550 kommunale Lehrpersonen unter Vertrag – und das bei einer neuen Rekordzahl Schülerinnen und Schüler.

Ja, das war die gute Nachricht. Ich bedanke mich vielmals für die Unterstützung. Wir bleiben dran und ich bin sehr positiv, was die Stabilisierung der Schule Winterthur betrifft.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit ist diese Interpellation und das Geschäft erledigt.

13. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.50: Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur. Das Wort hat die Erstinterpellantin Nicole Holderegger.

N. Holderegger (GLP): Wir haben es schon vom Lehrpersonenmangel gehabt. Wir haben auch gehört, dass es ein Hebel beim Kanton ist und wenn ein Hebel beim Kanton ist, dort auch die massgeblichen gesetzlichen Grundlagen zu suchen sind. Art. 7 Abs. 4 des Lehrpersonalgesetz sieht als Notmassnahme vor, Lehrpersonen auf allen Stufen ohne Zulassung für längstens ein Jahr anzustellen.

Bei dieser Interpellation geht es um die Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom an den Volksschulen der Stadt Winterthur, man spricht von solchen Personen auch als Poldis. Auch da: Für die Beantwortung dieser Interpellation ist die Schulpflege zuständig. Und auch da möchte ich nochmals auf das Ziel hinweisen, das sie in ihrem Legislaturprogramm hat: Als attraktive Arbeitgeberin dazustehen auf dem Lehrpersonenmarkt. Denn Personen ohne Lehrdiplom, das tangiert die Attraktivität eines Berufs, es tangiert eben die Qualität der Bildung, die Qualität der Schulen an sich. Und damit hat das eben auch Wirkung auf die Zukunft unserer Kinder und der Stadt.

Die Bildung, das haben wir gehört, ist ein hoher Wert. Das kann ich nicht genügend betonen hier drinnen. Auch hier ist es wichtig zu wissen: Die Stadt Winterthur macht vieles. Und trotzdem: Diese Interpellation tangiert etwas, das sich negativ auswirken kann – aber nicht muss. Es geht um die Qualität und es geht darum, mit dieser Interpellation zu erfahren, was denn die Erfahrungen der städtischen Schulen Winterthur mit Poldis sind.

Einleitend hält die Schulpflege fest, dass wenn Personen ohne Lehrdiplom in den Schuldienst eintreten, diese auf zusätzliche Unterstützung im Tätigkeitsbereich Unterricht, einem Kernbereich im Lehrberuf, angewiesen sind. Das erstaunt nicht, das ist wichtig. Unterrichten, das Handwerk dazu – das ist das Kerngeschäft, das muss man beherrschen. Und genau dort sind ja eben Poldis nicht gleich ausgebildet wie Lehrpersonen, welche die ganze PH mit allem, was es braucht, durchlaufen haben.

Auch da nochmals: Es ist schade, dass wir erst heute über diese Interpellation sprechen können. Nichtsdestotrotz gilt dasselbe wie bei der Interpellation vorher: Es ist ein aktuelles Thema, auch der Landbote hat letzte Woche über Poldis berichtet. Und er hat auch festgestellt, dass ohne Poldis nichts geht. Es wäre schön gewesen – in Bezug auf die heutige Debatte -, was die aktuellen Zahlen sind. Diese haben wir nicht. Oder ich habe sie noch nicht. Auf die einzelnen Fragen möchte ich ganz kurz eingehen.

Frage 1 und 6 zielen auf die Zahlen ab, auf die Anzahl Poldis an den städtischen Volksschulen. Es geht hervor, dass im Schuljahr 2022/2023 23 Poldis angestellt sind und nach den Herbstferien (also bald vor einem Jahr) 31 Poldis. Das macht bei der damaligen Anzahl Lehrpersonen insgesamt 1.44% aus und damit einen verschwindend kleinen Anteil. Wir danken der Schulpflege, dass sie die Zahlen bei der Beantwortung der Interpellation auch auf das Schuljahr 2023/2024 festgehalten hat mit der Zahl nach den Herbstferien 2023. Schade ist, ich sage es nochmals: Die heutigen Zahlen haben wir noch nicht. Man kann aber festhalten – und das ist wichtig -, dass die Anzahl der Poldis überschaubar ist und dass sie im kantonalen Vergleich unterdurchschnittlich ist. Trotzdem: Es braucht sie, es braucht sie mutmasslich auch im laufenden Schuljahr. Und damit ist wichtig zu wissen, dass die Stadt Winterthur die

Anstellung von Lehrpersonen triagiert. Und es gilt als Grundsatz, dass ausgebildete Lehrpersonen Vorrang haben vor Personen, die sich noch in Ausbildung befinden oder die noch nicht ausgebildet sind. Die GLP-Fraktion begrüsst diese Praxis, denn es gilt, die Qualität an der städtischen Schule möglichst hoch zu halten.

Die Frage 2 zielt auf die Erfahrungen ab, die man mit Poldis gemacht hat. Der Antwort der Schulpflege ist zu entnehmen, dass Poldis zu einer Entlastung beitragen können. Sie besetzen Stellen, die sonst vakant wären. Und Massnahmen, die man sonst treffen müsste (z.B. Klassenzusammenlegungen oder andere Massnahmen oder schlichtweg so, wie es vorhin Christian erwähnt hat, dass Lektionen ausfallen), können so unterbleiben. Der positive Effekt ist erfreulich, denn es gilt, dass man jegliche Mehrbelastung der Schulen in Winterthur abwendet – und das weiterhin versucht. Die Schulpflege hat aber auch ausgeführt, dass bei der Einarbeitung von Poldis – das erstaunt nicht -, es zu Mehrbelastungen im Schulbetrieb kommt und dass es auch qualitätssichernde Massnahmen braucht.

Zusammenfassend haben Poldis also negative und positive Effekte auf die Winterthurer Schulen. Und diese Feststellungen gelten wohl auch heute, im neuen Schuljahr. Wichtig ist aus Sicht der GLP-Fraktion, dass man versucht, die Anzahl der Poldis möglichst gering zu halten.

Interessant wäre es zu wissen, was die finanziellen Folgen von Poldis sind. Die Schulpflege hat ausgeführt, dass im vergangenen Schuljahr 2022/2023 nur gerade zwei Anstellungen mit Poldis ohne finanzielle Folgen für die Stadt aufgelöst werden mussten. Es wäre gut zu wissen, wie es für 2023/2024 ausgesehen hat. Das wissen wir nicht.

Ansonsten sind keine Qualitätsbeanstandungen bekannt. Vielleicht gibt es neue, möglicherweise erfahren wir heute noch mehr dazu. Wenn es aber Qualitätsbeanstandungen gibt, dann geht die GLP-Fraktion davon aus, dass die professionelle Schulpflege – das wollten wir ja mit der grossangelegten Schulreform – diesen Beanstandungen umgehend nachgeht und Missstände behebt.

Zur Frage 3 und 4: Es geht vor allem um die eingesetzten Entlastungsmassnahmen für Poldis, namentlich um das individuelle Coaching oder auch schulinterne Supervisionen durch die pädagogische Hochschule und die dafür entstehenden Kosten. Da dünkt uns die Antwort der Schulpflege unbefriedigend. Sie hat ausgeführt, dass bis zu 5 Wochenlektionen möglich sind, auf 1 Jahr befristet. Zur Finanzierung wurde ausgeführt, dass die im Einzelfall zu prüfenden und individuell angebrachten Coachings über den Berufsauftrag vergeben werden können und nicht zusätzlich zu Buche schlagen, weil sie eben auch mit dem geringeren Lohn der Poldis gegenfinanziert werden. Die GLP-Fraktion erstaunt, dass die genaue Anzahl von Coachingstunden an der Volksschule der Stadt Winterthur nicht genannt wurde in dieser Interpellation. Es wäre interessant gewesen zu wissen, was es effektiv braucht. Das würde uns nach wie vor interessieren. Im Sinne eines Monitorings wäre das eine wichtige Messgrösse, nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft.

Zur Frage 5 lässt sich sagen, dass es aktuell noch kein einheitliches, verbindliches Konzept für den Umgang mit Poldis gibt in der Stadt Winterthur. Es ist bedauerlich, dass es so ist. Wichtig ist aber mit Blick für die Zukunft, dass so etwas hoffentlich geschaffen wird, gerade weil das VSA die Massnahme der Poldis in diesem Frühjahr verlängert hat. Das ist wichtig, weil aktuell nichts darauf hindeutet, dass sich die Lage am Lehrpersonenmarkt nachhaltig und v.a. auch stetig verbessern würde. Wir begrüssen also die Schaffung eines einheitlichen Konzepts. Es wäre wichtig, dass die Stadt Winterthur möglichst schnell ein solches hätte. Zusammengefasst danken wir der Schulpflege Winterthur für die einlässliche Beantwortung dieser Interpellation. Wir nehmen sie zur Kenntnis. Besten Dank.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort der Schulpflege zur Interpellation positiv zur Kenntnis, auch wenn sie äusserst knapp und sehr oberflächlich beantwortet wurde, was wir sehr bedauern. Hier erwarten wir in Zukunft ausführlichere Antworten und bitten auch die Präsidentin der Schulpflege und die zuständige Stadträtin, Martina Blum, dafür Verantwortung zu nehmen.

Es freut uns allerdings zu lesen, dass die damalige Zentralschulpflege erkannt hat, Massnahmen zu Gunsten der Poldis zu ergreifen, um auch den Poldis unter die Arme zu ergreifen, wenn sie schon bereit sind, den Schulbetrieb zu entlasten.

Und hier ein bisschen ein Gegenvotum zur Ansprache von Nicole Holderegger: Wie gesagt, es gibt da ein Coachingangebot. Und ich sehe es nicht so negativ, denn dieses Angebot scheint offenbar genügend zu sein, wo Bedarf besteht. Ausserdem scheint ja die Qualität der Poldis gut zu sein, wenn diese Massnahmen sich in Grenzen halten. Weiter scheinen die Erfahrungen mit den Poldis auch gut zu sein, wenn im Schuljahr 2022/2023 von den 23 Personen lediglich zwei gekündigt wurden und im letzten Schuljahr sogar nun 31 Personen angestellt worden sind.

Wir als Die Mitte/EDU-Fraktion nehmen im Grundsatz, trotz den sehr knappen Antworten der Schulpflege, diese Beantwortung positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

P. A. Werner (SVP): Ich schliesse mich voll und ganz André Zuraikat an. Die Antwort der Schulpflege umfasst 4 A4-Seiten. Inhaltlich wurden sehr viele Zahlen erwähnt, aber effektiv auf die Erfahrungen, die mit den Poldis gemacht wurden, wurde in meinen Augen nicht eingegangen.

Was ich wirklich sehr schade finde, ist, dass das Traktandum relativ spät kommt, also mehr als ein Jahr nach der Einreichung. Wie gesagt, inhaltlich hat es ziemlich wenig Fleisch am Knochen. Und was mir aufgefallen ist, was ich sehr schade finde, dass es kein bestehendes Konzept gibt betreffend Poldis in Winterthur. Danke vielmals.

D. Roth-Nater (EVP): Herzlichen Dank an die Schulpflege für die umfassende Antwort. Es scheint, dass die Integration von Poldis in ein Lehrpersonenteam gut möglich ist und diese Personen auch zu einer vielfältigen und bereichernden Lehrumgebung beitragen. Sie bringen ja oft wertvolle praktische Erfahrungen mit und es ist eine unterschiedliche Perspektive, die auch zur Innovation und Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis beitragen kann.

Doch da fängt die Arbeit ja erst an. Denn wichtig ist - und das möchte ich einfach noch betonen - dass die Schulleitungen entsprechende Ressourcen benötigen, um die Integration und Befähigung dieser Poldis effektiv zu unterstützen. Es geht da um die Bereitstellung von Zeit und Raum für Mentoringprogramme und konstruktive Begleitung wie auch Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die momentane Situation soll aus der Sicht unserer Fraktion keine Dauerlösung sein, es soll darauf hingearbeitet werden, dass wieder genügend ordentlich ausgebildetes Lehrpersonal eingestellt werden kann. Aber ich glaube, da ist dann v.a. auch (wie wir es schon gehört haben) auf die PH hinzuweisen.

Es scheint mir, dass in der Praxis der Fokus verstärkt auf die extremen Herausforderungen von Schulleitungen gelegt werden sollte. Sie sollen befähigt werden, mit ihren diversen Lehrpersonenteams eine attraktive und dynamische Lern- und Lehrumgebung zu erreichen. Auch da stossen wir wieder auf das Raumproblem, denn es liegt nicht nur am Lehrpersonenmangel per se, denn dieser wird auch mitverursacht von den teils prekären Raumverhältnissen in unseren Schulen. Deshalb appelliere ich an die Schulpflege, weiterhin unterstützende Massnahmen zu ergreifen, um die Lehrpersonen ohne Diplom in unseren Schulen und die entsprechenden Teams zu fördern und sicherzustellen, dass die Schulleitungen die erforderlichen Ressourcen erhalten, um diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen. Denn die Schule in Winterthur soll ein attraktiver Arbeitsort und Schulort sein. Danke vielmals.

G. Stritt (SP): Auch hier verlese ich den Text von Thomi Gschwind.

Ich halte mich sehr kurz. Wir sind froh, dass die 31 Lehrpersonen, die ohne Diplom unterrichten, auf 1 Jahr befristete Anstellungen haben und dementsprechend auch nicht Klassenlehrpersonen sein können. Und dafür braucht es kein riesengrosses Konzept von der Schulpflege. Das wären verschwendete Ressourcen. Wir verlassen uns da auf die Arbeit der Schulleitungen.

Und nochmals: Wenn die Stadt Winterthur in dieser Situation etwas unternehmen könnte, dann wäre es sinnvoll, dass man die PHZH wissen lässt, dass es im Jahr 2024 – ich spreche aus persönlicher Erfahrung (also Thomi Gschwind) – angebracht wäre, dass ein Teilzeitstudium effektiv auch in Teilzeit gemacht werden kann. Ein Teilzeitstudium mit Vollzeitpraktika sorgt nicht dafür, dass wir hier in Winterthur mehr Lehrpersonen haben werden.

Wir danken für die Interpellationsantwort und nehmen diese positiv zur Kenntnis. Danke vielmals.

Ch. Maier (FDP): Die Lehrpersonen ohne Lehrdiplom, das ist ein kleines Phänomen. Nicole hat vorhin die Zahlen bereits genannt, 1.4% machen sie aus vom gesamten Lehrpersonal. Zudem ist es in Winterthur ein Phänomen, das kleiner ist als in anderen Gemeinden. Eine gute Nachricht, irgendwie scheint die Stadt Winterthur es besser im Griff zu haben als andere Gemeinden, um die Lehrstellen mit diplomierten Lehrpersonen zu besetzen.

Wichtig ist dieses Phänomen aber trotzdem, denn wir hätten sonst 31 Klassen, die keinen Lehrer oder keine Lehrerin hätten. Und das ist ein enorm positiver Effekt, der die wenigen negativen Erfahrungen, die man mit diesen Lehrpersonen ohne Diplom hat, mehr als kompensiert. Wir danken deshalb diesen engagierten Lehrpersonen ganz herzlich für ihren Mut – es braucht viel Mut, um ohne Ausbildung in diesen Job zu starten – und herzlichen Dank für ihren Einsatz.

Poldis sind also für Winterthur ein Erfolgsmodell. Trotzdem dürfen Poldis nur für 1 Jahr mit einer Klasse tätig sein. Und das ist doof in der aktuellen Situation. Was passiert also in der Praxis? Macht eine Person ohne Lehrdiplom einen guten Job, so muss sie die Klasse trotzdem nach einem Jahr wieder abgeben. Andernorts könnte diese Person dann mit einer anderen Klasse oder mit anderen Klassen wieder neu starten. Und nach einem weiteren Jahr wieder zurückkommen. Für dieses Phänomen hat sich der Fachbegriff «Poldi-Hopping» entwickelt.

Ein dringliches Postulat vom Kantonsrat hat genau dieses Problem aufgenommen. Mit 120:50 Stimmen hat er dem Regierungsrat am 26.02.2024 mitgeteilt, dass er sich eine Lösung wünscht, die den Einsatz von Poldis für mehr als ein Jahr ermöglicht. Wir bitten den Stadtrat, in dieser Sache unbedingt beim Regierungsrat vorstellig zu werden und Werbung für das Erfolgsmodell Poldis zu machen.

Wir danken für die Beantwortung und nehmen diese positiv zur Kenntnis.

M. Lischer (Grüne/AL): Vielen Dank an die Schulpflege für die Antworten auf die Fragen der Interpellation. Sie sind nicht weltbewegend, es kommt aber klar zum Ausdruck, dass die Anstellung der Poldis eine sinnvolle Notlösung ist. Klar ist zudem, dass niemand mit Lehrdiplom und niemand in Ausbildung eine Stelle nicht erhalten würde, weil stattdessen ein Anstellungsperson mit einer anderen Person, einem Poldi, unterzeichnet worden wäre. Dass es sich um eine Notlösung handelt, wird verdeutlicht, indem sie befristet ist. Die unterstützenden Massnahmen wie z.B. das Coachingangebot sind nötig und wegen den leicht tieferen Löhnen von Poldis ohne Zusatzkosten für die Stadt.

Die Lösung mit Poldis ist durchdacht. Im besten Fall entscheidet sich ein Poldi für die Quereinsteiger/-innen-Ausbildung an der PHZH. Es können somit sogar Fachkräfte gewonnen werden, was in der heute angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt ja erwünscht ist. Gerade die Quereinsteiger bringen mit ihrem beruflichen Hintergrund wertvolle Voraussetzungen mit für den Lehrberuf und sind zudem äusserst motiviert. Angesichts der insgesamt geringen Anzahl Poldis und da es sich um eine befristete, klar geregelte Notlösung handelt, kann man den Ball tief halten und braucht nicht noch ein Konzept.

Die Grüne-Fraktion nimmt die Antworten positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsident F. Helg: Jetzt ist niemand mehr auf der Rednerliste, das Wort geht nochmals an Martina Blum in ihrer Funktion als Stadträtin und Präsidentin der Schulpflege.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals auch für diese Voten. Wir haben es schon vorhin gehört, es ist ein Puzzle von Massnahmen, die der Kanton da macht, um dem Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken. Die strategischen Eingriffe wie Ausbildung (die PH bildet so viele Lehrpersonen aus wie noch nie) und auch so viele Praktika wie noch nie. Und Winterthur, das haben wir gehört, ist da ebenfalls Partnerin mit zwei Schulen als Praxiszentren. Und eine weitere Massnahme, die jetzt hier angesprochen ist, sind eben die Lehrpersonen ohne Ausbildung, die Poldis.

Der Kanton hat im März 2024 (auch diese Antwort ist ja schon länger her, seit wir die geschrieben haben) nochmals darauf hingewiesen, dass die Situation noch immer angespannt ist, und er hat die kommunale Ausnahmeregelung erneuert.

Und dazu vielleicht die aktuellen Zahlen, die wir zum Beginn des Schuljahrs kommuniziert haben: Die Rekordzahl Schülerinnen und Schüler 12'610 und 634 Klassen. Und wir haben auch dieses Jahr Gebrauch gemacht von der Ausnahmeregelung und sind mit 34 Poldis in das Schuljahr gestartet. Das ist unterdurchschnittlich im Kanton.

Zum einen Jahr: Ja, das ist begrenzt, das ist sehr schade. Das ist eine kantonale Sache. Umso erfreulicher, dass wir vier Personen gewinnen konnten, die jetzt den Quereinsteiger machen und damit auch länger als ein Jahr an den Schulen bleiben können.

Vielleicht noch kurz zum Monitoring: Grundsätzlich finde ich Monitoring-Konzepte auch sehr wichtig, aber hier geht es um Priorisieren. Und wir priorisieren auch die grossen Kostenfaktoren, z.B. Sonderschulquote. Hier bewegen wir uns irgendwo im Prozentbereich, wie wir gehört haben. Und das übrigens nicht zuletzt, um auch den administrativen Aufwand für die Schulleitungen so gering wie möglich zu halten.

Insgesamt macht Winterthur einen guten Gebrauch. Es ist immer noch aktuell, was da steht. Wir haben weniger Poldis, was wiederum dafür spricht, dass wir attraktiv sind für Lehrpersonen – das im Anschluss an die vorherige Antwort. Aber trotzdem sind sie eine Bereicherung. Sie bieten eine gute Unterstützung und die Schulen machen unverändert gute Erfahrungen.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Somit wäre diese Interpellation und das Geschäft erledigt.

Die SVP-Fraktion hat eine persönliche Erklärung angekündigt. Nach der Organisationsverordnung kann man eine persönliche Erklärung unmittelbar nach Abschluss eines Geschäfts vorbringen. Deshalb geht das Wort an den Fraktionspräsidenten Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Es ist eine persönliche Erklärung im Namen der Fraktion, das geht formal nicht anders.

Ich bin Euch noch die Information schwach, wieso wir eigentlich diese Fraktionserklärung gemacht haben am Anfang. Das war, weil wir diese Information, die Stefan beschafft hat, schnell haben wollten. Und wir da bei der Baudirektion nicht ganz so schnell vorwärtsgekommen sind.

Was machen wir mit dieser Information? Die SVP-Sektionen Wülflingen, Töss-Dätttau und Oberwinterthur-Stadel werden versuchen, eine Informationsveranstaltung in der Stadt auf die Beine zu stellen. Wir werden durchaus die Baudirektion nochmals fragen (es muss ja nicht gleich der Baudirektor sein). Es gibt auch noch andere Referenten, mit denen wir in Diskussion sind. Es ist tatsächlich gedacht als Informationsveranstaltung. Irgendein Windrad-Bashing könnten wir sonst einfacher auf die Beine stellen. Es ist durchaus nicht so, dass in der SVP alle der Meinung sind, dass Windräder das Ende der Welt einläuten.

Es ist eine Einladung auch an andere Parteien. Wir können das auch mit anderen Parteien machen, auch links von uns – gut, das wären dann alle -, aber da finden wir durchaus einen Weg, wir wären interessiert daran. Das wäre dann aber jetzt auch die Einladung gewesen, ich gehe dann nicht noch auf Parteipräsidiolen oder so zu. Aber wenn Ihr Lust habt, Euch da auch auf irgendeine Art und Weise zu engagieren, dann bin ich ja noch den ganzen Abend da. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Ich gehe davon aus, dass es dazu kein Votum mehr gibt vom Stadtrat. Dem ist so.

Wir sind heute gut vorwärtsgekommen in dieser Vorabendsitzung, die IFK hat ja noch eine Sitzung – deshalb können wir an dieser Stelle die jetzige Sitzung schliessen und ich wünsche allen «En Guete».

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung.

Ich habe noch einige Mitteilungen.

Das Thema Raumklima hier drinnen wurde von verschiedener Seite an mich herangetragen, dass es teilweise zu kühl ist. Ich habe das mit Jürg Bachmann angeschaut. Es ist so, dass die Temperatur nicht direkt geregelt werden kann. Man kann an sich die ganze Lüftung an- oder abstellen, aber man kann nicht direkt die Temperatur regeln. Das ist eine gewisse Schwierigkeit mit der Mechanik dieser Lüftungsanlage. Das ist der Stand der Dinge.

Zur Sitzungsplanung: Wir kommen heute ziemlich gut vorwärts. Und wenn man anschaut, was für pendente Geschäfte anstehen, dann ist es gerechtfertigt, auf die Plenumssitzung am 23.09. zu verzichten, diese Plenumssitzung entfällt. Es gibt aber an diesem Tag, am Montag, 23.09. noch einen anderen Programmpunkt, der vielleicht den einen oder die andere interessieren könnte, insbesondere die neuen Mitglieder. Es ist bereits vereinbart mit dem Finanzamt, dass es dann für die Neumitglieder, aber auch die amtsälteren Mitglieder, die da ein Interesse haben, eine Einführung gibt in das Budget, wie das Budget funktioniert. Das ist am 23.09., also dort, wo sonst die Plenumssitzung wäre, um 17.15 Uhr. Das dauert ca. 1 Stunde und wird wahrscheinlich hier im Parlamentssaal stattfinden. Die genauen organisatorischen Details werden dann vom Parlamentsdienst noch mitgeteilt. Also am 23.09. um 17.15 Uhr Einführung in das Budget durch eine Vertretung des Finanzamts, voraussichtlich hier im Parlamentssaal. Es ist eine allgemeine Einführung, wie das Budget funktioniert – nicht eine Einführung in das Budget 2025, das uns zu diesem Zeitpunkt gar noch nicht vorliegt. Es ist eine allgemeine Einführung, wie der Mechanismus mit dem Budgetprozess läuft. Das hat zur Folge, das betrifft jetzt die Kommissionspräsidien, dass man am 23.09. bis ca. 19 Uhr keine Sitzung einplant, aber danach wäre es durchaus möglich, dort noch eine Kommissionssitzung (Einfachsitzung) einzuplanen, wenn ein Bedürfnis danach besteht. Der Stadtratspräsident ist hier, er kann das den Stadtratsmitgliedern weitermelden mit dem sitzungsfreien Tag für sie.

Die Liste, ob man das Budgetbuch in Papierform erhalten möchte, ist zirkuliert. Auf der Liste stand, dass der der Teil A online ist und eigentlich nicht mehr in Papierform produziert wird. Aber es wurde von mehreren Personen notiert, sie wären trotzdem froh, den Teil A auch in Papierform zu erhalten. Wir werden von Seiten der Parlamentsleitung schauen, dass wir da eine Lösung erzielen können, dass man den Teil A doch noch in Papierform den interessierten Mitgliedern aushändigen kann. Ich bitte nochmals darum: Wer den Teil A in Papierform erhalten möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Das sind jetzt so viele, dass es schwierig ist, alle zu notieren, aber Jürg Bachmann wird die Namen aufnehmen. Danke für diesen besonderen Effort.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.65: Spezialkommission «Richtplan» (SRP): Wahl der Mitglieder und der Präsidentin / des Präsidenten

Parlamentspräsident F. Helg: Spezialkommission «Richtplan» (SRP): Wahl der Mitglieder und der Präsidentin / des Präsidenten. Vor der Pause wurde ja beschlossen, dass es eine solche Spezialkommission gibt. Wir machen das gestuft: Zuerst die Wahl der Mitglieder, danach die Wahl des Präsidiums. Das Wort für die Wahl der Mitglieder hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt folgende 9 Mitglieder vor: Livia Merz und Benedikt Zäch (SP), Philipp Angele und Marc Wäckerlin (SVP), Reto Diener (Grüne/AL), Annetta Steiner (GLP), Romana Heuberger (FDP), Andreas Geering (Die Mitte/EDU) und Alexander Würzer (EVP).

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Gibt es aus dem Plenum weitere Vorschläge für die Mitglieder der SRP? – Das ist nicht der Fall. Deshalb erkläre ich die 9 Mitglieder Livia Merz, Benedikt Zäch, Philipp Angele, Marc Wäckerlin, Reto Diener, Annetta Steiner, Romana Heuberger, Andreas Geering und Alexander Würzer als gewählt. Ich wünsche allen Mitgliedern ein gutes Wirken in dieser Kommission mit diesem wichtigen Geschäft.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Zur Wahl steht jemand von diesen 9 Mitgliedern. Das Wort hat die IFK-Präsidentin Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Für das Präsidium dieser Kommission schlägt die IFK mit einer Mehrheit Annetta Steiner (GLP) vor.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es hier aus dem Plenum einen weiteren Vorschlag? Zu Wort meldet sich Kaspar Vogel.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion beantragt eine Vermehrung der Kandidatur für das Präsidium und schlägt Andreas Geering vor. Andreas Geering ist dossierfest, ist stets gut vorbereitet, er ist bereits in der SBK und kennt diese Geschäfte bereits. Er ist erfahren, hatte bereits das Ratspräsidium inne (das hatte Annetta zwar auch schon), in der Spezialkommission war er erfolgreich bei der Gemeindeordnung. Und wir kennen ihn alle, Ihr kennt ihn aus dem Rat: Er macht sachliche Politik. Und wir meinen, dass es wichtig ist, dass in dieser Kommission – die ja beim Baudepartement ist, das in SP-Hand ist – zur Ausgewogenheit das Präsidium auf bürgerlicher Seite sein soll. Zudem: Die GLP präsidiert bereits eine Kommission, die BSKK, Die Mitte/EDU-Fraktion hat keine Kommission, die sie präsidiert. Und der Richtplan ist für uns ein ganz wichtiges Geschäft. Deshalb beantragen wir Andreas Geering als Präsident der SRP.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es allenfalls noch weitere Vorschläge? Gibt es weitere Voten zum Präsidium?

M. Nater (GLP): Nachdem Kaspar jetzt eine solche Bewerbungsrede gehalten hat, möchte ich das jetzt natürlich auch noch machen für Annetta. Ich habe auch noch ein paar Notizen hier.

Zuerst möchte ich einfach Danke sagen, Annetta, dass Du Dich zur Verfügung gestellt hast. Annetta möchte das Amt auch. Also vielen Dank zuerst an diese Seite.

Ich glaube, alles, was Kaspar gesagt hat zu Andreas, das kann man bei Annetta auch sagen. Ratsleitung, Kommissionen, Erfahrung, Netzwerk, Unterstützung – ich glaube, das ist wirklich das, wo sie sehr einheitlich sind. Und es sind zwei gute Kandidaten und Kandidatinnen, die wir da haben.

Ich glaube, Annetta kennt man im Rat auch. Sie ist authentisch, sie sucht Lösungen. Sie ist halt wie die GLP. Wir sind immer ein bisschen in der Mitte – nicht CVP-Die Mitte, sondern halt die Mitte der Politik – und suchen dort den Ausgleich, den Kompromiss, und wir sind sachlich unterwegs.

Kaspar, Du hast gesagt, Andreas ist für Ausgleich und sachlich. Das stimmt. Aber gerade beim Richtplan geht es wirklich darum, dass jemand aus der politischen Mitte das macht, denn Andreas hat sich schon ziemlich klar positioniert beim Richtplan. Ich erinnere nur an sein Zitat zum Richtplan: «Beim Verkehr schlägt die links-grüne Ideologie ohne Scheuklappen durch.» Das hat er letzthin im Forum geschrieben. Und dann ist er auch noch Initiant und Sprecher der Initiative «Tempo 50 auf ÖV-Strecken». Ich glaube, es wäre dann noch spannend, wie er das erklärt, dass dann vielleicht rund um die Altstadt 30er-Zone ist (aus Sicht Richtplan) und am Tag danach muss er erklären, dass aus Sicht seiner Initiative rund um die Altstadt jetzt 50er-Zone sein müsste. Das ist ein bisschen das, wo wir sagen, das ist dann noch schwierig, das der Bevölkerung zu erklären.

Jetzt nochmals kurz zu Annetta: Auch sie hat Erfahrung bezüglich Richtplan. Ich erwähne da nur die Haltestelle Försterhaus, dass das im Richtplan geblieben ist, und v.a. auch die Autobahn. Autobahn ist jetzt auch nicht unbedingt ein grünliberales Thema, aber dass das jetzt im Richtplan drin ist, die A1 in einen Tunnel geht – ich glaube, das ist wirklich ein Erfolg, auch von Annetta, der sie über die Grenzen hinaus, links, rechts, beim Kanton und auch die entsprechenden Experten beigezogen hat, so dass sie dann diese Lösung erreicht hat, dass dieser Richtplaneintrag zustande gekommen ist.

Und von daher schliessen wir uns natürlich dem Antrag der IFK an.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es weitere Voten zu diesem Wahlgeschäft? Nochmals Kaspar Vogel.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich möchte noch kurz eine Replik geben. Es war kein Votum gegen Annetta, sondern für Andreas. Und ich würde auch unterstützen, dass es sicher beides Kandidierende sind, die das beide können. Aber ich glaube, genau dann, wenn es darum geht, diese Diskussionen zu führen, für/gegen/was auch immer, Tempo 50 oder Tempo 30, dann ist es eben wichtig, dass beide Lager ausgewogen diskutieren können. Und ich erlebe Andreas eben genau so, dass er mit den Mehrheiten gut umgehen und so auch seine eigene Sicht hineingeben kann.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, dann können wir jetzt zur Wahl schreiten. Art. 76 Abs. 3 der Organisationsverordnung sieht vor, dass die Wahl geheim durchgeführt wird, wenn es mehr Kandidierende als Sitze gibt.

Wir sind seitens der Parlamentsleitung nicht ganz unvorbereitet, im Gegenteil, es ist alles vorbereitet, so dass wir da gleich starten können.

Das erste ist, dass die Stimmzähler jetzt zum Einsatz kommen. Ich bitte die Stimmzähler, die Anzahl anwesende Mitglieder zu ermitteln und mir mitzuteilen.

Ich bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel zu verteilen und dann wieder einzusammeln.

Bis das Ergebnis ausgezählt ist, wird die Sitzung kurz unterbrochen.

Ich kann Ihnen das Resultat der Wahl zum Präsidium SRP bekanntgeben:

Anwesende Parlamentsmitglieder: 57

Ausgeteilte Stimmzettel: 57

Eingezogene Stimmzettel: 57

Leere/ungültige Stimmzettel: 0
Massgebende einfache Stimmenzahl: 57
Absolutes Mehr: 29
Gewählt ist mit 32 Stimmen: Annetta Steiner (GLP).
Andreas Geering: 24 Stimmen.
Vereinzelte: 1

Ich gratuliere Annetta Steiner zur Wahl und wünsche viel Erfolg und Glück. (*Applaus*)

A. Steiner (GLP): Ich möchte an dieser Stelle eigentlich nur danken. Ich werde sehr bemüht sein, eine ausgewogene Sitzungsleitung zu machen, eine breite Auslegeordnung zu machen, so dass wirklich alle Anliegen einfließen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen Kommissionsmitgliedern, im Speziellen mit Dir, Andreas. Wir durften das schon einmal üben in der Ratsleitung und ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit ist die Kommission also jetzt einsatzbereit und wartet nun gespannt, bis der Richtplan verabschiedet und präsentiert wird.

14. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.59: Beantwortung der Interpellation R. Perroulaz (FDP) betr. Organisation Kunstausstellung «Unjurierte»

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Organisation Kunstausstellung «Unjurierte». Das Wort hat der Erstinterpellant Raphael Perroulaz.

R. Perroulaz (FDP): Zuerst vielen Dank für die Antwort aus dem Amt für Kultur und an Mike für die gewissenhafte Beantwortung meiner Interpellation vom August 2023. Alle vier Jahre findet in der Eulachhalle die Kunstausstellung «Unjurierte» statt, letztmals im Juni 2022. Dort haben 300 Kunstschafter ihre Werke während 10 Tagen ausgestellt. Das Spektrum dieser Ausstellenden ist sehr breit und reicht vom Einsteiger bis zur etablierten Künstlerin. Die Ausstellung wurde von über 6'000 Personen besucht, was bei ausverkauften Künstlerkojen generell auf einen Erfolg hinweist. Und insgesamt muss und darf man schon sagen: Es handelt sich insgesamt um eine Bereicherung der Kunst- und Kulturstadt Winterthur. Ein wichtiger Faktor ist eben genau die Niederschwelligkeit, welche diese Ausstellung im Gegensatz zu den Museen hat; also eigentlich Kunst vom Volk für das Volk. Trotzdem ist es meine und auch unsere Ansicht, dass die «Unjurierte» das Potenzial hat, bei gleichbleibenden Ausgaben organisatorische Verbesserungen zu erfahren. Grob gesagt waren das folgende Ziele und Ideen für die «Unjurierte» (es ist jetzt nicht genau den Fragen nach, aber es waren die folgenden Punkte):

1. Erhöhung des Turnus auf 3 statt 4 Jahre: Dieser Wunsch kommt eigentlich aus den Kreisen der teilnehmenden Kunstschafter und könnte die Strahlenkraft dieses Anlasses weiter erhöhen.

Die Antwort des Stadtrats zu dieser Erhöhung ist da ein bisschen mutlos, wie wir finden. Öfter wiederkehrende Veranstaltungen prägen sich wohl allgemein besser ein und sind dann ein kultureller Fixpunkt. Das würden wir da eher als Chance sehen. Es wäre da aber natürlich zuerst einmal wichtig, das Bedürfnis der Ausstellenden, die das in den vergangenen Jahren gemacht haben, abzufragen. Und eine solche Umfrage ist ja auch bereits angedacht und wir sind schon sehr auf diese Resultate gespannt. Vielleicht gibt es da ja auch schon weitere Informationen.

2. Gleichzeitige Verkürzung der Ausstellungsdauer (zur Reduktion der Mietkosten am Ausstellungsort): Die «Unjurierte» dauert heute 10 Tage und generiert entsprechend hohe Mietkosten in der Eulachhalle (externe Liegenschaft). Inklusive der 300 m Stellwände werden gemäss der Stadtratsantwort knapp 100'000 Fr. Miete ausgegeben. Nach Abzug dieser Wände macht das 8'000 – 9'000 Fr. Miete pro Tag, wenn ich das richtig berechnet habe. Aus unserer Sicht würde eine kürzere Dauer einerseits die Personendichte pro Tag erhöhen, wie auch eben Geld für andere Positionen freispielen.

3. Aufhebung der Verkaufsprovision, welche heute die Stadt einnimmt. Die Stadt, also das Amt für Kultur, fungiert heute quasi als Zwischenhändlerin und Galerie dieser Werke. Wenn ich dort ausstelle und etwas verkaufe, dann macht das Amt für Kultur die Rechnung und treibt auch das Geld ein. Der Ertrag (einfach damit Ihr da eine Dimension habt) war 2022 ca. 143'000 Fr. (die Einnahmen) und der Provisionsanteil war bei ca. 24'000 Fr. Aus unserer Sicht wäre es einfacher – bürokratisch einfacher -, die Kunstschaaffenden selbst verkaufen zu lassen und somit im Gegenzug auf diese Verkaufsprovision zu verzichten. Man könnte im Gegenzug, weil ja dann auch ein gewisser Beitrag verloren geht, die Teilnahmegebühren marginal erhöhen. Heute liegen sie bei 180 Fr., man könnte sie z.B. auf 250 Fr. erhöhen. Das ist aber nur ein Beispiel.

4. Auslagerung der Organisation vom Amt für Kultur an eine private Trägerschaft, mit einer Leistungsvereinbarung im Gegenzug: Die Stadt ist ja keine Eventagentur. Das ist keine Kernkompetenz und es blockiert in der Verwaltung Ressourcen. Das wird auch in der Antwort so betitelt, dass das Ressourcen bindet, die für andere Aufgaben genutzt werden könnten. Wir sind eigentlich ziemlich überzeugt, dass eine private Trägerschaft aus den Reihen der Ausstellenden gefunden werden könnte – und das könnte auch eine sehr schöne Aufgabe sein für diese Leute. Wir wollen diesen wichtigen Anlass für die Kulturstadt ja auch sichern, deshalb würden wir im Gegenzug eine Leistungsvereinbarung über die gleiche Summe vorschlagen als Lösung. Es ist eigentlich sehr zu begrüßen, dass der Stadtrat in seiner Antwort auch schon darauf eingeht, dass man diese Auslagerung vertieft überprüfen möchte. Vielleicht gibt es da auch schon Fortschritte seit der Einreichung im letzten August zu diesem Thema. Es gab dann noch eine weitere Frage nach mehr Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung, zugunsten unserer Kunst- und Kulturstadt. Das ist sehr zu begrüßen, da kamen sehr einfache, aber zweckmässige Vorschläge vom Amt für Kultur, wie z.B. der Aufbau von mehr Sichtbarkeit, Workshops, mehr Kooperationen, mehr Netzwerk und Publikumsinteraktionen. Und last but not least flexiblere Ausstellungsorte. Und das finde ich eigentlich fast den spannendsten Punkt. Denn Zwischennutzungen, die Nutzung von temporären Räumen, wären sowohl ideell (also für diese Ausstellung sehr passend) wie auch finanziell für uns als Stadt sehr interessant. Wäre es z.B. denkbar, die «Unjurierte» in der Halle 710 am Eulachpark durchzuführen? Denn auch die nächste Jungkunst findet dort statt – und die Halle gehört ja wie gesagt der Stadt, somit würden Mietkosten entfallen. Natürlich, die Stellwände würden bleiben. Summa summarum ist es sehr zu begrüßen, dass für die nächste Durchführung – sie ist auf 2026 angedacht – die Organisation, die Form, der Ort und die Termine der «Unjurierten» überprüft werden sollen. Das geht eigentlich alles eindeutig in die Stossrichtung unserer IP. Denn wie gesagt: Das Ziel sollte sein, den Anlass verbessern und beibehalten zu können und ihn keineswegs zu schwächen. Das war nie das Ziel.

Ich danke an dieser Stelle nochmals dem Amt für Kultur und den vereinzelt Unterstützten dieser Interpellation, die damals von den Grünen und der SVP kamen. Also eine sehr durchmischte, spannende Bandbreite. Es gab einige Köpfe, die da nicht dabei waren, die ich gerne darauf gehabt hätte – Gell, Gabi Stritt -, aber das macht auch nichts. Deshalb danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Vorweg: Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

Die Kunstaussstellung «Unjurierte» soll einen Beitrag leisten, den lokalen und regionalen Kunstschaaffenden eine Plattform zu bieten, um ihre Werke zu präsentieren. Es ist erfreulich,

aus der Interpellationsantwort zu lesen, dass die Kojen immer ausgebucht sind. Es zeigt, dass diese Veranstaltung sehr beliebt ist und die Plattform auch genutzt wird.

Bezüglich einer Erhöhung eines Ausstellungsturnus teile ich Deine Meinung nicht, Raphael Perroulaz, da den Rhythmus/den Turnus zu erhöhen. Da unterstützen wir die kritische Haltung des Stadtrats. Eine Erhöhung dieses Turnus könnte natürlich dazu führen, dass es zu einem Rückgang des allgemeinen Interesses an dieser Veranstaltung kommen kann und die Belegung der Kojen zeigt ja, dass diese zwar immer ausgebucht sind, aber auch niemand abgewiesen werden musste. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stimmt also. Wir sind mit dem Vierjahresrhythmus zufrieden.

Wir begrüßen es, dass seitens Stadtrat eine Auslagerung an eine private Trägerschaft geprüft wird. Wir sehen zwei Gründe, warum dies ein positiver Effekt sein kann:

1. Der Aufwand seitens Stadtverwaltung kann deutlich reduziert werden.
2. In seinen Massnahmen, um die Attraktivität zu erhöhen, ist eine der davon aufgelisteten, das Netzwerk und die Kollaborationen unter den Künstlerinnen und Künstler aufzubauen. Wir laden den Stadtrat ein - wenn das nicht bereits schon passiert ist -, die Kulturlobby zu berücksichtigen. Eine der Kerntätigkeiten der Kulturlobby ist es, den Informationsaustausch innerhalb der Kulturszene zu verstärken, ganz nach ihrem Credo «gemeinsam vermitteln und vernetzen». Mit der Kulturlobby gäbe es also gute Voraussetzungen, um das Netzwerk zwischen den Kunstschaffenden zu fördern.

Wir als Die Mitte/EDU-Fraktion nehmen diese Antwort positiv zur Kenntnis, danken dem Stadtrat und dem Amt für Kultur für ihre Arbeit und sind gespannt auf die angestossenen Veränderungen zugunsten der Veranstaltung «Unjurierte». Ausserdem möchten wir auch die Gelegenheit nutzen, den Kunstschaffenden von Winterthur und der Region zu danken, welche dazu beitragen, uns einen spannenden Einblick in die vielfältige Kulturszene zu geben. Vielen Dank.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Es freut uns, dass es die «Unjurierte» in Winterthur schon bald 30 Jahre gibt und sie sich immer noch grosser Beliebtheit erfreut. Und sind sehr daran interessiert, dass diese Sonderausstellung mit der gleichen Zielrichtung weiterhin bestehen bleibt. Insbesondere der Mix zwischen professionellem Kulturschaffen und der Möglichkeit für Laiinnen und Laien, ihr Talent zu präsentieren, gibt diesem Anlass eine spezielle Ausstrahlung und Bedeutung. Oftmals kommen auch Bekannte von Ausstellenden an die «Unjurierte», welche nicht unbedingt zu den Kunstkennerinnen und Kunstkennern gehören, und es findet eine niederschwellige Kunstvermittlung statt. Gleich wie auch der Stadtrat in seinem Bericht ausführt, erachten auch wir eine Durchführung alle vier Jahre als sinnvoll. Die «Unjurierte» ist eine Sonderausstellung und hat gerade da sie nur alle vier Jahre stattfindet, eine spezielle Bedeutung im Kulturkalender. Zudem wäre es für junge Talente und Laienteilnehmenden, die hauptberuflich einer anderen Tätigkeit nachgehen, auch schwierig, für die Vorbereitungen genügend Zeit aufzubringen, wenn der Intervall verkürzt würde. Dies würde zu einem höheren Anteil von professionellen Werken führen, was dem Ziel widerspricht, dass die «Unjurierte» ein Ort des bunten und breiten Kunstschaffens sein soll.

Dass die Kosten für die Teilnehmenden erhöht werden sollten, erachten wir nicht als zielführend, denn auch diese Massnahme würde die Zugangsschwelle erschweren.

Die SP würde es grundsätzlich sehr begrüßen, wenn mehr Zwischennutzungen ermöglicht würden, dies nicht unbedingt nur für die «Unjurierte», aber grundsätzlich für das Kulturschaffen. Eine erhöhte Sichtbarmachung betrachten wir auch als wichtigen Beitrag. Dazu gehören aber auch angemessene Beiträge fürs Marketing. Und genau diese Position wurde im Budget 2024 markant gekürzt.

Dass sich die Organisation der «Unjurierten» in einem dynamischen Prozess befindet und weiterentwickelt werden muss, nehmen wir zur Kenntnis. Uns ist es wichtig, dass die Stadt hier weiterhin in der Verantwortung bleibt und sich auch finanziell mindestens im gleichen Umfang beteiligt. Bei einem 4-Jahres-Intervall sind dies ca. 180'000 Fr. alle vier Jahre. Von

dieser Investition haben bei der letzten Durchführung 300 Kulturschaffende und 6'600 Besucher und Besucherinnen profitiert. Dies ist für die Stadt Winterthur doch eine Superwerbung und gibt grosse Ausstrahlungskraft.

Die SP nimmt die Antwort der Interpellation zustimmend zur Kenntnis, dankt dem Stadtrat für seine Arbeit und unterstützt grundsätzlich den angedachten Weiterentwicklungsprozess. Besten Dank.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Die Antwort nehmen wir mehrheitlich positiv, in einem Punkt jedoch negativ zur Kenntnis.

Wir anerkennen, dass über die Jahre die «Unjurierte» zu einer beliebten Institution sowohl bei professionellen wie auch bei Freizeit-Künstlern und -Künstlerinnen geworden ist.

Klare Richtlinien haben sich über die Jahre herauskristallisiert und dies ermöglicht nicht zuletzt eine effiziente Durchführung dieser Ausstellung.

Die Kriterien, wie z.B. Bezug zu Winterthur, Comes First-Serves First und keine inhaltliche Bewertung haben sich bewährt und sollen nach Auffassung der SVP-Fraktion weiterhin beibehalten werden. Auch die relativ günstige Gebühr von z.B. im Jahr 2022 180 Franken für 10 Tage ist durchaus niederschwellig.

Hingegen sind wir mit der Antwort zu Frage 6 nicht einverstanden.

Einer Auslagerung an private Organisationen sehen wir skeptisch. Wir haben starke Zweifel, dass eine Auslagerung günstiger käme. Auch haben wir Zweifel, dass bei einer Auslagerung das Kulturdepartement die entsprechenden Stellen abbauen würde.

Alles in allem, mit Ausnahme der Antwort zur Frage 6, sind wir mit der IP-Antwort zufrieden. Besten Dank.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die «Unjurierte» ist eine umfassende Werkschau mit 6'600 Besuchenden. Das ist also erstaunlich. Sie ist auffallend bunt, hat eine verblüffende Spannweite, sie immer wieder erstaunlich, sie ist wichtig für Winterthur.

Zentral ist, dass sie sich sowohl an die professionellen wie auch an die nicht-professionellen Künstlerinnen und Künstler richtet. Die Dichte der kulturellen Veranstaltungen in Winterthur ist generell sehr hoch und das ist erfreulich. Es hat aber auch Vor- und Nachteile, dazu komme ich dann bei den Terminen.

Zu den Fragen:

Die Frage nach Verkürzung des Ausstellungsturnus ist für mich nicht zwingend. Es ist nicht sicher, ob wenn wir den Ausstellungsturnus auf 2 oder 3 Jahre verkürzen würden, nach wie vor die gleiche Nachfrage hätten.

Die Frage vom Verhältnis von Teilnahmegebühr zur Verkaufsprovision: Auch dort finde ich die Antwort des Stadtrats zufriedenstellend. Die Galeriefunktion, die Raphael Perroulaz antönt, ist nichts anderes als normal, dass man einen Betrag einnimmt als Galerie, wenn man etwas verkauft.

Die Auslagerung an eine private Trägerschaft – na ja. Wichtig ist für mich v.a., dass nichts Essenzielles am heutigen Charakter geändert wird. Wir sind selbstverständlich kritisch gegenüber einer Auslagerung. Und sie kommt – wenn schon – nur dann in Frage, wenn sie an eine nicht gewinnorientierte Trägerschaft vergeben würde. Allerdings darf man diese Frage schon nicht zu dogmatisch anschauen, ich gehe nämlich davon aus, dass die Stadt für diese Veranstaltung auch temporär Personal einstellen muss - und letztendlich ist das dann auch nichts anderes, als wenn man das jemand anderem vergeben hätte.

Zu den attraktivitätssteigernden Massnahmen, die erwähnt werden: Das finde ich sehr gut. Es ist auch wichtig, dass wir das beibehalten. Was wir machen können, ist das Rahmenprogramm noch etwas ausbauen.

Zum Termin, das wären dann eben die Vor- und Nachteile von so vielen kulturellen Veranstaltungen: Für mich ist es nicht zwingend, dass das vor den Sommerferien sein muss. Es ist jeweils sehr heiss in diesen Eulachhallen (das wissen alle, die schon dort waren). Aber ich sehe natürlich, dass bei der Frage nach dem Termin auch das Thema ist, ob man überhaupt

etwas anderes bekommt anderswo, zu einer besseren Zeit, z.B. jetzt nach den Sommerferien.

Der Stadtrat schreibt, in anderen Städten habe man vergleichbare Ausstellungsformate den Bedürfnissen der Kunstschaffenden angepasst. Es ist meiner Ansicht nach nicht im Detail erwähnt, was das genau für die «Unjurierte» in Winterthur heissen würde.

Zusammenfassend, um nochmals einen Bezug zu nehmen auf Raphael Perroulaz: Ich könnte mir auch einen anderen Ort durchaus vorstellen. Ich frage mich, ob die Halle 710 genügend gross ist, aber das wüsste die Stadt ja sicher.

Wir sind mit den Antworten zusammenfassend zufrieden. Besten Dank.

R. Perroulaz (FDP): Ich danke Euch allen für die spannenden Ausführungen. Die grösste Überraschung war bei der SVP anzusiedeln, Gaby.

Ich möchte nur noch kurz präzisieren oder das nochmals klarstellen mit der Erhöhung der Teilnahmegebühr: Die Idee (für diejenigen, die es nicht gelesen haben) ist nicht, die Schwelle zu erhöhen, sondern eben im Gegenzug eigentlich die Galeriefunktion abzulösen. Also eigentlich eine Vereinfachung. Was ich nicht beurteilen kann, ist, ob jeder Kunstschaffende dort auch einen Verkauf macht oder realisiert (das wäre noch interessant), denn diese würden dann ja mehr drauflegen, wenn sie nichts verkaufen. Das fände ich auch noch interessant, wenn man das abfragen würde.

Theoretisch, wenn ich Euch wäre, Mika, dann würde ich diese Fragen, die ich jetzt gestellt habe, direkt in ein Google Doc übertragen, das man den Teilnehmenden aus den letzten Jahren zustellt. Und dann sagen die: Ja, für mich hat es sich gelohnt, ich habe 10 Werke verkauft, habe 3'000 Fr. Gewinn gemacht. Dann würde mir vielleicht diese Teilnahmegebühr nichts ausmachen, weil ich ja dann keine Provision abgebe. Aber ich finde es auch legitim, Gabi, Du hast das richtig gesagt: Eine Hemmschwelle soll es nicht sein. Da bin ich auch dafür. Es wäre v.a. interessant zu wissen, was die Teilnehmenden finden. Danke vielmals.

Stadtpräsident M. Künzle: Danke vielmals, Raphael, dass Du die «Unjurierte», die auch für uns wichtig ist, mit diesem Vorstoss ins Scheinwerferlicht gebracht hast. Ich finde es eine sehr gute Sache, dass wir heute über das diskutieren konnten.

Die meisten haben es gesagt: Mit dieser «Unjurierten» leisten wir einen Beitrag an das kommunale und regionale Kunstschaffen. Sie ist sehr beliebt, das habt Ihr gesagt und das habt Ihr auch an den Zahlen gesehen, sehr beliebt. Und auch sehr begehrt – es hat sehr viele Besucherinnen und Besucher in der Eulachhalle. Und der grosse Vorteil ist, dass sich die Amateure mit den Profis messen können. Es können ja beide mitmachen und dann kann man ein bisschen vergleichen. Und dieser kleine Wettbewerb ist sicher für die Amateure ganz spannend.

Wir möchten aber wirklich die Frequenz nicht erhöhen, denn der Aufwand, den wir jeweils haben für die «Unjurierte» ist immens. Und wir erhalten jeweils schon Unterstützung, aber es sind Leute vom Amt für Kultur, die das hauptsächlich leisten - und diese sind absorbiert. Sie sind monatelang absorbiert für die «Unjurierte». Und die haben wir erst wieder zur Verfügung, wenn die «Unjurierte» vorbei ist. Das ist ein Hauptgrund, weshalb wir sagen, vier Jahre sind in Ordnung. Ihr müsst Euch auch vorstellen, wenn man es alle zwei Jahre machen würde, was das für die Amateur-Künstler bedeuten würde: Sie müssten Werke herauslassen. Sie müssten zwei Jahre lang kreativ sein, um wieder Werke präsentieren zu können. Und das schauen wir nicht als gut an, wenn Amateure derart unter Druck gesetzt werden.

Dazu kommt: Dadurch, dass es alle vier Jahre ist, bekommt es eine bestimmte Bedeutung. Es ist eine Spezialausstellung. Wenn es alle zwei Jahre ist, dann erhält es eine Beliebigkeit – und dann glaube ich nicht, dass es so viele Leute haben wird, wie wenn es nur alle vier Jahre ist.

Alles, was betrieblich gesagt wurde, das können wir prüfen. Ob man etwas anders machen will vom Betrieb her. Bei der Auslagerung bin ich ein bisschen skeptisch, aber auch das können wir prüfen. Wir können die Zahlen vergleichen und dann sehen wir es. Das ist natürlich

auch noch mit ein Grund: Wenn man die Frequenz erhöht, dann wird es dadurch teurer. Das ist ganz klar.

Ich möchte weiterhin an der «Unjurierten» festhalten. Ich habe niemanden gehört, der dagegen gesprochen hat, das freut mich sehr. Aber ich möchte gerne, was die Frequenz betrifft, an dem festhalten. Alles, was betrieblich ist, schauen wir gerne an. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann ist dieses Traktandum mit dieser Interpellation abgeschlossen.

15. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.86: Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP), D. Roth-Nater (EVP), M. Lischer (Grüne/AL) und G. Stritt (SP) betr. Eingangsbereich Museumsgebäude

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Eingangsbereich Museumsgebäude. Das Wort hat für den Erstinterpellanten Martin Zehnder von der GLP Annetta Steiner.

A. Steiner (GLP): Das Museumsgebäude von Rittmeyer und Furrer aus dem Jahr 1916 ist ein Schutzobjekt, ein kantonales. Und entsprechend ist es gar nicht so einfach, da vernünftig eingreifen zu können. Man hat das 1995 in einem grösseren Stil gemacht, indem man einen Anbau gemacht hat. Und man hat zwischen 2007 und 2011 nochmals intensiv saniert. Ein Ziel war dort, die ursprüngliche Ausstrahlung dieses Museumsgebäudes wieder mehr zu gewichten und hervorzuheben.

Aus unserer Sicht wurde dort aber ganz klar vernachlässigt, dass auch die Funktionalität des ganzen Gebäudes aufgehen muss. Es hat viele Dinge, die nicht gut funktionieren. Insbesondere sind es mehrere Museen, die dort im gleichen Gebäude sind, es hat ein Café drin, es hat Arbeitsplätze dort, es hat Ateliers für Museumspädagogik dort. Und alleine schon wegen der Alarmanlage ist das eine sehr schwierige Geschichte, denn jedes Mal, wenn man sich ausserhalb der Arbeitszeiten im Gebäude bewegen will, dann muss man den Hauswart bemühen (sprich: Arbeitszeit zahlen), damit er irgendwie etwas Spezielles machen kann. Das ist definitiv eine schwierige Situation. Zudem ist auch das Café dort nicht rentabel führbar, einerseits wegen den Rahmenbedingungen der Alarmanlage, aber auch von der Anordnung her. Das hat uns dazu bewogen, eine Anfrage zu machen, wo man allenfalls doch noch Verbesserungen anbringen könnte. Und das hat zu den Fragen geführt, die wir da gestellt haben. Wir sind froh, dass der Stadtrat grundsätzlich Verständnis hat für die Fragestellungen. Er anerkennt auch, dass gewisse Sachen nicht ganz einfach sind vom Ablauf her.

Zusammenfassend begrüssen wir es, dass man doch nochmals versucht hat, die Diskussion aufzunehmen, wo man Verbesserungen anbringen kann: In Bezug auf Garderoben für Schülerinnen und Schülern, dass man jetzt einen Gittercontainer diskutiert. Beim Restaurant kann man nicht allzu viel machen, weil wie gesagt die räumlichen Gegebenheiten schwierig sind. Dort möchten wir aber doch nochmals klar darauf hinweisen, dass es irgendwo auch schülergerecht sein muss. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass irgendwie das Picknick ermöglicht werden muss. Ich denke, gerade wenn man eine Automatenlösung ins Auge fasst, dann müssen die Automaten einerseits kindgerecht sein und andererseits kann ja das auch eine gute Ergänzung sein zu einer Picknick-Lösung, denn vielleicht nimmt man dann zum eigenen Picknick doch noch ein Getränk dazu. Was auch immer, es muss einfach wirklich auf die Nutzenden abgestimmt sein, was man dort am besten machen kann.

Ich habe es gesagt: Die unbefriedigende Lösung des Alarms. Wir hoffen sehr, dass das Sicherheitskonzept, das überarbeitet wird, diesem Problem Rechnung tragen kann und dass

man irgendwie Lösungen finden kann, dass es nicht mehr so furchtbar kompliziert ist, wenn jemand einmal einen speziellen Anlass machen möchte, ausserhalb der Arbeitszeiten. Von daher gesehen: Wir sind froh, wenn man dranbleibt. Leider kann man nicht allzu viel machen. Wir nehmen diese Interpellationsantwort in dem Sinne kritisch zur Kenntnis. Danke.

D. Roth-Nater (EVP): Herzlichen Dank dem Amt für Präsidiales für die Antworten, wie sie in der Interpellationsantwort formuliert sind und dass sie das Anliegen der Interpellation aufnimmt. Es ist ein Mehrzweckgebäude, das wir da haben. Ein wunderschönes und geschichtsträchtiges Haus, eben ein Museumsgebäude, das uns damals 1916 die Architekten Rittmeyer und Furrer hingestellt haben.

Wir kennen noch andere Gebäude von Rittmeyer und Furrer in unserer Stadt, es gibt noch einige mehr: Der Rundbau von Gebrüder Volkart, der Friedhof Rosenberg, das Schulhaus an der Wülflingerstrasse, das Blaukreuz-Haus an der Rosenstrasse 5 und noch weitere. Ich hätte hier noch drei mehr aufgeschrieben.

Offensichtlich nimmt das grosse Haus nach wie vor viele Aufgaben wahr und da gibt es dann halt manchmal einen Kompromiss bei Aufgaben, die nicht ideal erfüllt werden können. Doch es gilt, dranzubleiben und Sachen zu verbessern, wie sie möglich sind. So z.B. den Picknick-Raum und die Wiedereröffnung des Museumscafé mit einem alternativen, umfangreichen Selbstbedienungsautomaten haben in Sachen Raumangebot schon einmal erste Abhilfe verschafft. Denn jetzt müssen die Besucherinnen- und Besuchergruppen nicht mehr auf dem Garderobenboden das Znüni- oder das Mittags-Picknick essen. Dann gibt es einen sogenannten Innenhof oder Hintereingang. Der Eingang, der für alle Räder gilt, sei es Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen. Diese Menschen müssen hinten hinein. Und dieser Eingang könnte ein bisschen aufgepeppt werden. Die Gittercontainer sehen ein bisschen schäbig aus in diesem Zusammenhang.

Und das mit der Sicherheit: Ja, es ist wichtig und schwierig. Doch es gibt bestimmt eine Lösung, dass in den einzelnen Trakten, losgelöst voneinander, die Sicherheit gewährt werden könnte, um eine flexiblere Nutzung zu ermöglichen. Solche Herausforderungen sind da, um gelöst zu werden.

Es ist mir ein Anliegen, dass wir kreative Lösungen finden und der Besuch im Museum – egal, in welchem davon – angenehm und freundlich gestaltet wird. Trotz oder eben zum Trotz der Einschränkungen des Denkmalschutzes. Die Nutzung des Cafés als Picknick-Raum ist ein guter Start.

Wir nehmen die Antwort entgegen, ein bisschen kritisch, aber wir sind froh, dass man dranbleibt. Danke.

M. Lischer (Grüne/AL): Auch ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Sie zeigt auf, wie schwierig es ist, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Einerseits sind da die Bedürfnisse des Museumsbetrieb, andererseits diejenigen der Besucherinnen und Besucher und im Speziellen der Kinder und Schulklassen. Das Gebäude ist zudem geschützt und deshalb sind baulichen Eingriffen enge Grenzen gesetzt.

Das Museumsgebäude hat eine wechselvolle Geschichte. Wie so oft: Es wurde eigentlich grosszügig geplant - und doch ist das Haus bald aus seinen Nähten geplatzt. Und so mussten einige der anfänglich darin beherbergten kulturellen Institutionen an einem anderen Ort neuen Raum finden. Noch immer geht es darum, unter den gegebenen engen Raumverhältnissen das Beste herauszuholen. Zudem wird, neben den Ausstellungsräumen, eine gute Infrastruktur gewünscht, z.B. das Museumscafé oder Räumlichkeiten für Museumspädagogik und Büros für die Museumsmitarbeitenden. Aber auch der Eingangsbereich mit den Garderoben soll sich in das gesamte Konzept einfügen. Dass das nicht einfach ist und sich die Nutzungen heute gegenseitig behindern, das kommt aus der Antwort des Stadtrats klar hervor. Baulich lässt sich nicht viel machen, auf der betrieblichen Ebene sei aber Potenzial vorhanden, schreibt der Stadtrat weiter in seiner Antwort.

So ist der Stadtrat bereit, Möglichkeiten bei den Garderoben zu prüfen. Dass das Atelier dafür nicht geopfert werden soll, weil es intensiv genutzt wird, ist ein klares Statement für die Museumspädagogik. Ich bin deshalb gespannt, wie die Vorschläge zur Garderobensituation aussehen werden.

Die Verpflegungssituation ist momentan ebenfalls nicht befriedigend und neue, auch auf Schulklassen ausgerichtete Lösungen werden geprüft. Dazu nur ein kurzer Kommentar: Ich denke, dass ein Picknick-Raum, der für Schulklassen reserviert ist, die Wirtschaftlichkeit eines Museumscafés nicht gross beeinträchtigen wird. Abgesehen davon ist es aber schon so, dass ein Museumscafé nachhaltig und wirtschaftlich rentabel zu führen, zwar eine schöne, aber auch herausfordernde Aufgabe ist und geeignete Pächter dafür nicht Schlange stehen. Dass das aktuelle Sicherheitskonzept überarbeitet wird als Teil des Gesamtkonzepts der drei Museen, ist zukunftsgerichtet. Ich würde allerdings gerne noch mehr dazu erfahren. Insgesamt sind wir von der Grüne/AL-Fraktion zufrieden mit der Antwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

G. Stritt (SP): Die SP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. In seinem Bericht signalisiert der Stadtrat Bereitschaft für Veränderungen bzw. bestätigt den Anpassungsbedarf. Wie in Winterthur üblich, sind einmal mehr die Finanzen mit ein Grund, dass dies nur beschränkt möglich ist.

Die Vorgaben der Denkmalpflege, welche zu berücksichtigen sind, schränken die Möglichkeiten noch zusätzlich ein und generieren unter Umständen auch Mehrkosten. Somit haben wir ein gewisses Verständnis für die Antwort.

Der Stadtrat schlägt für die Garderobenerweiterung Gittercontainer vor. Ich kann mir darunter nicht so viel vorstellen, aber es ist sicher ein guter Ansatz. Dass die Versetzung des Ateliers der Museumspädagogik keine Möglichkeit darstellt, ist aufgrund der Argumentation gut nachvollziehbar.

Es ist allgemein bekannt, dass sich die Gastronomie in einer schwierigen Situation befindet und es eine grosse Herausforderung darstellt, finanziell kostendeckend einen Betrieb zu führen. Es ist aber schon etwas deprimierend, wenn ein Museumsbetrieb mit zwei der bestbesuchten Museen der Stadt keine Möglichkeit bietet, sich in einer stimmigen Umgebung zu verpflegen. Ein Automat (ich muss zugeben, ich bin ihn noch nicht anschauen gegangen) oder etwas ähnliches ist in diesem Umfeld einfach keine angemessene Alternative. Das Museumscafé war ein attraktiver Ort und aus meiner Sicht müsste unbedingt versucht werden, diesem wieder Leben einzuhauchen. Dies auch unter Einbezug des Hofes, der sicher von Frühling bis Herbst attraktiv ist. Es ist ja nicht immer so heiss, wie es im Bericht erwähnt ist, so dass sich der Hof nur schlecht nutzen lässt. Hier wenigstens einmal einen Food-Truck aufzustellen, wäre ein erster Ansatz. Es sollte dem Stadtrat ein Anliegen sein, dass die Leute, welche ins Museum kommen, dort auch etwas verweilen.

Weil die verschiedenen Museumsangebote von ganz unterschiedlichen Gruppen genutzt werden und sich v.a. im Naturmuseum viele Familien und Schulklassen aufhalten, sollten unbedingt neben einem Gastroangebot auch Picknick-Plätze angeboten werden.

Dass im Bereich der Sicherheit das aktuelle Konzept überarbeitet wird, ist sicher sinnvoll und könnte auch zu mehr Effizienz führen.

Die SP dankt dem Stadtrat für seine Arbeit und nimmt die Interpellationsantwort zur Kenntnis. Wir sind einfach immer noch sehr hoffnungsvoll, dass es möglichst bald Verbesserungen gibt und wir weiterhin an diesen arbeiten.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt auch hier die Antwort des Stadtrats zur Interpellation positiv zur Kenntnis.

Das denkmalgeschützte Gebäude lässt nur beschränkt Eingriffe zu, um mehr Platz zu schaffen. Es wird allerdings begrüsst, dass seitens Stadtrat die Möglichkeiten geprüft werden, Gittercontainer für die Garderobe zu nutzen.

Wie der Stadtrat es bereits mitgeteilt hat, ist eine Boost Bar mit hochwertigen Getränken und Snacks eingerichtet worden. Da das Museumscafé geschlossen worden ist, sollte somit kaum

mehr etwas im Weg stehen, Picknicks im ehemaligen Lesesaal durchzuführen. Der Stadtrat hat allerdings auch eine kritische Haltung diesbezüglich, was wir nachvollziehen können, da es auch zu mehr Reinigungsaufwand führen wird.

Wir danken dem Stadtrat für seine Ausführungen, dem Amt für Kultur stets für ihre Bemühungen, die bestmögliche und pragmatischste Lösung zu finden, und nehmen die Antwort der Interpellation positiv zur Kenntnis.

R. Perroulaz (FDP): Auch wir nehmen die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis. Das Museums- und Bibliotheksgebäude, das heute das Kunstmuseum und das Naturmuseum beheimatet, stellt ein öffentliches Haus von besonderer Bedeutung dar. Viele haben das schon gemacht – normalerweise ist das ein bisschen meine Rolle in der Fraktion – nämlich ein bisschen Geschichtsunterricht. Ich freue mich, dass Daniela schon ein bisschen auf die Architekten hingewiesen hat – wie schon gesagt, mache das sonst gerne ich.

Ich sage aber gerne noch etwas anderes. In diesem Haus steckt noch viel Pioniergeist. «Der Kunst und Wissenschaft» lautet die Inschrift auf dem Tympanon (das ist der dreieckige Giebel über dem Haupteingang). Pioniergeist deshalb, weil während dem 1. Weltkrieg – während in Europa der Krieg getobt hat -, hat Winterthur ein neues Kunst- und Kulturhaus eröffnet. Alleine das ist eine wahnsinnige Leistung.

Bis heute ist das zugänglich und muss erhalten werden. Also genau diese Zugänglichkeit und eine breite, flexible Nutzbarkeit muss eigentlich auch heute gewährleistet werden.

Nach einigen Jahren Betrieb nach dem sehr grossen Umbau, seit 2011 wieder eröffnet wurde, zeigt sich Potenzial zur Verbesserung dieser Nutzbarkeit. Und auf das hat diese Interpellation abgezielt, die wir damals als Fraktion mehrheitlich mitunterstützt haben. Jemand hat es glaub's vergessen.

Ich möchte nicht auf alle Fragen eingehen, sondern nur zum Café und zur Alarmanlage sprechen. Das schöne Museumscafé existiert ja leider nicht mehr. Es war eine wahre Bereicherung für Winterthur. Und ich erinnere mich sogar daran, dass ich mit dem Stadtpräsidenten dort einmal ein mittägliches Tête-à-Tête hatte. Stattdessen steht dort neu ein neuartiger und fast schon raumfüllender Snack-Automat. Das tönt ja schon fürchterlich. Obwohl jetzt eigentlich ein einfaches Konsumationsangebot entstanden ist, überzeugt das leider nicht so wirklich. Eigentlich ist es dem bedeutenden Haus der Architekten Rittmeyer und Furrer (ich erwähne es jetzt doch noch) nicht so würdig. Aber wer weiss, hoffentlich ist das nicht in Stein gemeisselt. Und vielleicht überzeugt in Zukunft ein wirtschaftstaugliches Konzept. Das hoffen wir wohl alle. Wichtig scheint es, dass überhaupt Verpflegungsangebote im Haus bestehen, die auch saisonal und anlassbezogen ergänzt werden können. So wurde in der Interpellation ein Food-Truck im Innenhof vorgeschlagen. In der stadträtlichen Antwort wird darauf verwiesen, dass das bedingen würde, dass man mehr Beschattung in diesem Hof machen müsste, weil die Hitze dort (der Hof ist asphaltiert) enorm ist.

Auch niederschwellige Angebote wie ein allgemeiner Verpflegungsbereich können aber dieses Gebäude mehr beleben. Eine Möglichkeit für einen solchen Bereich könnte z.B. der schöne ehemalige Lesesaal sein, der an das leerstehende Museumscafé angrenzt. Das könnte man effektiv etablieren – es ist ja ohnehin schon dort. So viel ich weiss, wird er für Veranstaltungen genutzt und steht meistens leer meiner Kenntnis nach, aber da lasse ich mich gerne korrigieren.

Bei der Alarmanlage zeigt sich natürlich die Problematik der offenen Eingangshalle. Die verschiedenen Nutzungen müssten räumlich voneinander getrennt werden. Aber so etwas möchte man eigentlich in dieser historischen und äusserst hochwertig gestalteten Halle eigentlich sicher nicht und es ist auch nicht günstig zu realisieren. Es ist verständlich, dass aufgrund der dort platzierten Kunstwerke aus Sicherheitsgründen unter den heutigen Bedingungen keine autonome externe Nutzung möglich ist, auch wenn wir uns das alle noch so sehr wünschen. Aber vielleicht gibt es im bald vorliegenden Sicherheitskonzept für die drei Kunstmuseen einen Spielraum.

Diese beiden Themen zeigen aber exemplarisch, dass Problematiken bestehen, was die Nutzbarkeit des Museums- und Bibliotheksgebäudes in unserer heutigen Zeit, über 100 Jahre

nach der Erstellung, angeht. Vielleicht wäre es jetzt einmal notwendig, dieses Haus einer Gesamtidee zu unterziehen. Ich sage jetzt bewusst nicht Machbarkeitsstudie oder ähnliches, da würde ich mir nicht viele Freunde in meiner Ecke machen. Noch nicht. Aber die Idee ist, dass es breiter nutzbar wird und vielleicht die schönen Räume auch einer vereinfachten externen Miete angeboten werden könnten. Vielen Dank.

P.A. Werner (SVP): Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Antwort. Die Interpellation habe ich mit Genüsslichkeit gelesen, ich habe mich amüsiert. Ich habe mich zuerst gefragt, was die Einreichenden überhaupt alles noch wollen. Es sind ja zum Teil schon fast Luxus-Ideen, die man da wünscht. Namentlich: Der Eingangsbereich sei unfreundlich gestaltet, es braucht mehr Garderobenplätze, es fehlen Aufgang für Kinderwagen etc., der Platzmangel für die Verpflegung, Angebot von Kindermenüs fehlt, Picknick-Platz fehlt und last but not least kam auch die Anfrage, dass man das Alarmkonzept individuell steuern könnte. Das finde ich ziemlich sportliche Wünsche, v.a. wenn man aktuell unsere Zahlen in der Stadt Winterthur anschaut.

Erfreulich dafür ist die Antwort des Stadtrats. Er hat das auch wörtlich mit «Behebung von Luxus-Sorgen» erwähnt, dass es unverhältnismässig, nicht rentabel, baulich nicht möglich ist. Und das mit dem gastronomischen Angebot: Die Stadt Winterthur darf keine Gastronomiebetriebe betreiben/führen, das wäre ein absoluter Konkurrenzkampf, der nicht im Sinne der Stadt wäre.

Wie gesagt, die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis und dankt vielmals.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke für die gute Aufnahme unserer Interpellationsantwort. Ich kann nicht einmal sagen, dass alles falsch ist, das kritisiert wurde. Denn das ist jetzt wirklich die eierlegende Wollmilchsau, die wir dort mit diesem Gebäude – so geschichtlich wertvoll es ist – regeln müssen. Die Vielfalt (Naturmuseum, Kunstmuseum, Museumspädagogik) ist keine so einfache Geschichte.

Das Gebäude gehört uns, der Stadt. Der Anbau hinten gehört dem Kunstverein, diese Halle. Vorne gehört es uns und wir sind verantwortlich dafür.

Jetzt sind verschiedene Dinge gekommen. Die Funktionalität sei ungenügend, man müsse doch das und dieses und jenes... Ich weise einfach darauf hin, dass das Amt für Kultur in den letzten Jahren so viele Bau- und Sanierungsprojekte hatte wie schon lange nicht mehr. Ich glaube, man hatte es noch gar nie in diesem Ausmass. Ich erinnere an das Theater, ich erinnere an das Reinhart am Stadtgarten, ich erinnere an die Villa Flora, auch am Lindengut sind wir dran, Marktgasse 25 (das ist dort, wo die Kunsthalle und das Figurentheater drin sind) – das sind alles Bau- und Sanierungsprojekte. Von den einen habt Ihr noch gar nie etwas gehört, aber unsere Leute sind am Arbeiten daran. Und das kostet alles Geld. Und ich muss irgendwie die Kulturausgaben dieser Stadt – so wichtig sie sind -, aber ich muss das irgendwie zusammenhalten. Und wenn wir nochmals ein Objekt haben, bei dem der Handlungsspielraum massiv eingeschränkt ist, dann ist das einfach nicht etwas, wo wir den ganzen Wunschkatalog aufnehmen können.

Das Café wurde immer wieder erwähnt. Geht das mal anschauen. Das ist eine wunderschöne Kaffeemaschine. Das ist nicht irgendein Selecta-Automat (wobei ich jetzt nicht diese Firma genannt haben will), das ist nicht irgendein Verpflegungsautomat, der in einer Fabrik steht, sondern der macht etwas her. Das ist wirklich eine sehr gute Maschine. Wir haben dort eine Lösung gesucht. Wir haben es mit unseren eigenen Betrieben angeschaut, allen voran die Alte Kaserne, ob man da etwas zusammenlegen kann; oder auch mit privaten Betreibern, die haben sich das angeschaut. Es hat einfach bis jetzt noch niemand schwarz geschrieben, der die Pacht dieser Cafeteria hatte. Man konnte kein Geld verdienen damit. Und ich glaube nicht, dass es dann am Abend mehr Leute hat, wenn die Alarmanlage ausgeschaltet bleiben würde. Das Angebot ist zu klein, es hat zu wenig Sitzplätze, als dass man dort gross etwas verdienen könnte. Und dann ist es natürlich auch so wie in den Quartieren mit den Quartierläden. Plötzlich heisst es, sie gehen ein. Und wenn man das dann hört, dann überlegt man sich

schon: Vielleicht wäre ich einmal mehr mit Raphael etwas essen gegangen, wenn ich gehört hätte, dass es ihnen nicht so gut geht. Wir haben Gastrobetriebe, Cracks angefragt, die uns Tipps gaben, wie wir es lösen könnten. Und wir sind jetzt einmal bei dieser Kaffeemaschine oder diesem Lebensmittelautomat gelandet, die neueste, modernste Art. Und wir haben zeitlich begrenzt einen Vertrag gemacht, mit dem wir das nun einmal ausprobieren. Hat das eine Chance, gehen die Leute dort einen Kaffee holen, lassen die Leute dort Getränke und Essen heraus? Das Angebot kann man auch variieren, es ist also nicht sakrosankt, dass immer nur das herauskommt, was jetzt drin ist. Das kann man variieren, das müssen wir beobachten. Es wird da noch Veränderungen geben, das denke ich schon – aber wir werden nicht einen Café-Betrieb einsetzen können, der rentabel ist. Das haben uns auch Gastro-Cracks bescheinigt, dass das eine sehr schwierige Aufgabe ist.

Im Lesesaal kann man jetzt schon picknicken. Dort kann man jetzt schon ein Picknick machen, umso mehr, als dass es jetzt kein Café-Betrieb mehr ist dort. Das war vorher ein bisschen schwierig, weil wir dort die Infrastruktur brauchten.

Und das mit der Alarmanlage: Wir überprüfen im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Museumskonzept die ganze Sicherheit bei allen diesen Häusern. Und das ist natürlich auch eine Alarmanlage. Das würde beim Natur- und Kunstmuseum bedeuten, dass man die Werke, die jetzt im öffentlichen Bereich hängen (z.B. den Roussel oder den Maillol) müsste man entfernen. Das würde nicht mehr gehen, man könnte nicht mehr solch bedeutsame Werke in diesem Teil haben. Es ist aber für denjenigen, der das Kunstmuseum besucht, eine wunderbare Begrüssung, wenn er diese Werke schon in der Eingangshalle sieht. Und deshalb muss man sich zwei Mal überlegen, ob man das möchte oder nicht. Aber wie gesagt: Wir überprüfen es im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Museumskonzept.

Also alles in allem: Es ist nicht so einfach und wir müssen immer wieder auf die Ressourcen schauen. Ich habe sie nicht im Amt für Kultur, um dort jetzt gerade auch noch etwas zu machen. Wir haben das auf dem Radar, auch die ganze Innenhof-Thematik, die Café-Thematik, die Alarmanlage. Das sind Themen, die uns beschäftigen. Aber wir können das nicht zum Schwerpunkt machen für die nächste Zeit. Besten Dank für das Verständnis.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit wäre diese Interpellation erledigt.

16. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.79: Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Holzbau zur Reduktion von Treibhausgasen (THG) durch Bautätigkeit und Förderung regionaler Wertschöpfungsketten

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Holzbau zur Reduktion von Treibhausgasen (THG) durch Bautätigkeit und Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Das Wort hat der Erstinterpellant Benedikt Oeschger.

B. Oeschger (GLP): Heute Abend ist zwar keine GLP-Veranstaltung, aber mit einem augenzwinkernden Blick auf die Traktandenliste freut es mich trotzdem, dass Ihr so zahlreich hier seid und solche Freude habt an unseren Themen.

An meiner ersten Parlamentssitzung vor fast einem Jahr habe ich diese Interpellation eingereicht, denn Holzbau ist ein wichtiges Element zur Zielerreichung von Netto-Null. Zudem ist die Holznutzung nachfrageseitig ganz wichtig für den Schweizer Wald und das Gewerbe. Winterthur als waldreichste Gemeinde der Schweiz verfügt über grosse Wald- und Holzressourcen. Die Interpellation erfragt also, welche Bedeutung der Holzbau für die Stadt Win-

terthur hat und welche Vorkehrungen getroffen worden sind und werden, um vermehrt regionale Baustoffe einzusetzen, so, wie es auch vom Massnahmenplan zum Energie- und Klimakonzept 2050 vorgeschlagen wird.

Die GLP-Fraktion ist sehr erfreut, dass der Stadtrat das Bauen in Holz aufgrund seiner vielzähligen Vorteile für die lokale Wirtschaft und für die Ökologie bei städtischen Bauvorhaben priorisieren möchte, sofern es sinnvoll und möglich ist. Als Projektbeispiel positiv herauszuheben ist dabei auch die aktuelle Weisung, die wir in der Nachmittagssitzung hatten und die von Selim Gfeller vorgestellt wurde, zum Ersatzneubau Forstwerkhof. In der Weisung wird auch hervorgehoben, dass durch den regionalen Baustoff die Wertschöpfung hier im Winterthurer Wald und in der Region bleibt.

Aber uns fehlt wirklich der Elan, mit dem der Stadtrat die Nutzung von ökologischen Baustoffen und diese Stoffkreisläufe vorantreibt. Das zeigt auch das Beispiel des Ersatzneubaus des Alterszentrum Adlergarten. Wenn die Projektausschreibung die Ökologie trotz Gebäudestandard 2019 zu wenig berücksichtigt und der Baustoff der Architektur folgen muss, dann wird die Verwendung dieser nachhaltigen Baumaterialien praktisch verunmöglicht. Deswegen fordern wir das Tiefbauamt wirklich auch mit Nachdruck auf, diese Massnahme aus dem Energie- und Klimakonzept 2050 anzugehen und die Umsetzung nicht weiter zu vertagen. So kann man es auch Zufall nennen, dass heute das Postulat «Strategie zirkuläres Bauen» eingereicht wird.

Für den Rohstoff Holz gilt, dass er in Zukunft noch begehrter wird. Deswegen muss sich der Stadtrat bereits heute Gedanken machen, wie er den Zugang zu Konstruktionsholz durch die nachgelagerte Verarbeitungskette sicherstellt. Unbeantwortet von der Interpellation bleibt die Frage, wie der Stadtrat sich das Treibhausgasspeicherpotenzial für das Erreichen des städtischen Klimaziels Netto-Null bescheinigen lässt. Als negative Emissionstechnologie ist das nämlich auch ein entscheidender Punkt für Netto-Null. Das konnte man auch dem Landboten entnehmen, wo sich der Vorsteher der Technischen Betriebe zur KVA-Vorlage geäussert hat. Aus der Interpellationsantwort wird deutlich, dass nach wie vor eine gesamtstädtische Immobilienstrategie fehlt, unabhängig vom Holzbau. Jedes Departement kocht sein eigenes Süppchen. Das zeigt, dass das Zentrale Immobilienmanagement (ZIM) auch über 10 Jahre nach seiner Einführung die ursprünglichen wichtigen Kernziele verfehlt. Im Wesentlichen sind das die zentrale Bewirtschaftung möglichst aller städtischen Immobilien und die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Die GLP-Fraktion wird nicht müde, die Stadratsmitglieder (die leider nicht mehr so zahlreich hier sind) darauf hinzuweisen, das Silodenken in den Departementen abzulegen, um die damals durch die Zentralisierung in Aussicht gestellten Effizienzsteigerungen zu realisieren. Denn wir als GLP-Fraktion erachten eine gesamtstädtische Immobilienstrategie als prüfenswert.

Zurück zur Interpellation. Abschliessend möchte ich festhalten, dass wir die bereits unternommenen Anstrengungen sehr begrüessen, der Ökologie und der lokal-regionalen Wertschöpfung im Bau Rechnung zu tragen. Aber wir erwarten, dass der Effort zunimmt und verstärkt wird. Denn es ist unverständlich, dass der «Pfupf» ausbleibt, obwohl der Stadtrat in seinen eigenen Weisungen mit den vielzähligen Vorteilen von Holz wirbt.

In diesem Sinne nehmen wir die Interpellationsantwort zur Kenntnis und bedanken uns bei der Stadtverwaltung für die Beantwortung.

Und wenn Sie jetzt bis zum Schluss durchgehalten haben und Sie mehr über die Geschichte und die Bedeutung von Wald und Holz in Winterthur erfahren möchten, dann kann ich Ihnen noch zwei Bücher empfehlen: «Waldzeit - Wälder für Winterthur» von Michael Wiesner oder auch die beiden Bände «Winterthurer Stadtgeschichte», die Barbara Huizinga als präsidiales Abschiedsgeschenk erhalten hat. Danke.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich danke Benedikt Oeschger für die Lancierung dieses wichtigen Themas. Ich danke auch für die Beantwortung der Interpellation.

Ich bin damit einverstanden, dass das Holz nur dort eingesetzt wird, wo es Sinn macht. Dagegen kann man ja kaum was haben. Wer will schon dort Holz verbauen, wo es keinen Sinn macht.

Als positives Beispiel wird der Forstwerkhof genannt. Dieser ist aber auch von Anfang an als Holzbau geplant worden. Dagegen wird der Erweiterungsbau vom Alterszentrum Adlergarten aufgeführt, bei dem es unter anderem wegen der geschwungenen Form vom Bau nicht möglich sei, mit Holz zu bauen. Wenn man von Anfang an Holz als Baustoff gedacht hätte, wäre wahrscheinlich nicht mit einer geschwungenen Form geplant worden. Darauf hat ja auch Benedikt Oeschger vorhin auch schon hingewiesen.

Fast alle Fragen dann einheitlich mit dem Verweis auf den Gebäudestandard 2019 zu beantworten, der wenig spezifisch auf den Holzbau eingeht, finde ich etwas wenig. Auch der Verweis auf den Massnahmenplan 2021 bis 2028 zum Energie- und Klimakonzept 2050 und die daraus abgeleiteten Massnahmen, zu denen aber noch keine konkreten Ergebnisse da sind, haben für ich wenig Mehrwert. Aber immerhin habe ich so die genannten Papier jetzt kennengelernt.

Übrig bleibt für mich jetzt, dass die Stadt keine einheitliche Immobilienstrategie hat, und dass sie zwar Holz schon gut findet, aber jetzt auch nicht mehr machen will, als sie das bereits vor fünf Jahren festgelegt hat. Und man wartet einmal ab, was die betreffenden Massnahmen des Energie- und Klimakonzepts ergeben.

Wie bereits gesagt, bin auch ich der Meinung, Holz nur da einzusetzen, wo es sinnvoll ist. Ich wünschte mir aber, dass neben dem Ersatzneubau des Forstwerkhof auch weitere konkrete Bauprojekte von Grund auf mit Holz geplant werden.

Die Antwort nehmen wir von der Mitte/EDU-Fraktion zur Kenntnis und ich bin auf künftige Holzschulhäuser gespannt.

Ph. Angele (SVP): Einiges haben wir schon gehört von Benedikt und von Kaspar. Wir nehmen die Antwort des Stadtrats auf die IP positiv entgegen.

Die Vorteile des Holzbaus sind seitens Stadt erkannt und es sind schon erste Projekte wie der Forstwerkhof, den wir heute hatten, am Laufen, die in die positive Richtung gehen. Die Vorgaben des Gebäudestandards 2019 sind aus unserer Sicht aktuell weiterhin ausreichend, weil der Standard sich auf etablierte Zertifizierungen wie Minergie und Eco abstützt.

Unsere Meinung ist, dass man für jedes Projekt den idealen Baustoff wählen soll und nicht Holz per Definition als Standard-Bauwerkstoff auswählen. Bei einem Bauvorhaben sind auch die Kosten und die Verfügbarkeit in der Planung und danach in der Realisierung eigentlich matchentscheidend. Und das soll auch eine wichtige Rolle spielen bei den Überlegungen der Immobilienstrategie. Die Kostenperspektive darf nicht einfach vernachlässigt werden, das ist auch ein wichtiges Element.

Ergo hoffen wir, dass die Stadt Winterthur weiterhin am ökonomischen und ökologischen Beschaffungs- und Realisierungsansatz festhält. Danke.

R. Diener (Grüne/AL): Wir von den Grünen/AL danken dem Stadtrat ebenfalls für diese Antwort. Sie ist für uns doch weitgehend gut nachvollziehbar, es gibt aber auch einige Punkte, auf die ich hinweisen möchte, die uns auch noch nicht genügend dünken.

Bestimmt gibt es ein gutes Potenzial an CO₂-Reduktion durch das Bauen mit Holz aus dem lokalen Wald. Das ist völlig klar. Die Schätzung, welche Stadtgrün im Papier abgibt, mit rund 5 – 10% des CO₂-Ausstosses, der aus der KVA ankommt, ist allerdings natürlich nicht so wahnsinnig viel. Aber das heisst nicht, dass man dieses Potenzial nicht nutzen soll, im Gegenteil. Denn wir brauchen alle Elemente und alle Komponenten, um unseren CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Ich gehe davon aus, dass das auch der Stadtrat so sieht.

Um das Potenzial auszuschöpfen, wäre ein gesamtstädtisches Vorgehen sicher angezeigt. Das erscheint uns auch als ein wichtiger Punkt.

Der Gebäudestandard 2019 ist zwar eine gute Basis für die neuen Projekte, die jetzt entstehen, aber er genügt für die ökologischen Themen einfach nicht. Für die Umsetzungen braucht es genau für diese Themen wie jetzt die Geschichte mit dem Bauen aus Holz oder im Zusammenhang mit dem Postulat, das heute eingereicht wurde, mit der Geschichte des zirkulären Bauens, eine klare Strategie, wie man damit umgehen will. Aus unserer Sicht regen wir den Stadtrat ganz klar nochmals an, einmal mehr, das wurde schon mehr als ein Mal hier drinnen

gesagt, eine solche Strategie gesamtstädtisch auszuarbeiten und damit eben auch festzulegen, wo und wie was genutzt werden soll.

Da es noch eine zweite intensive Holznutzung aus dem städtischen Wald gibt, wir wissen das alle, die Energieholzverwendung, dürfte auch deshalb das Potenzial nicht beliebig gross sein. Zwar wird für diesen Teil mehrheitlich minderwertiges Holz verwendet, in der Antwort wird das allerdings nicht ganz klar gegenüber der Bauholzverwendung abgegrenzt und es ist deshalb auch nicht klar, wie der Anteil davon tatsächlich ist. Vielleicht ist es aber so – ich gehe mal davon aus, vielleicht kann das noch bestätigt werden –, dass die Abschätzung von Stadtgrün das bereits berücksichtigt hat.

Das Volumen wird bezüglich Ausschöpfbarkeit im lokalen Kontext leider noch eingeschränkt, das wurde in der Antwort sehr gut aufgezeigt, weil es in der Umgebung nicht mehr hinreichende Industriekomponenten hat, die das Holz auch verarbeiten können. Leider reicht es nicht, nur den Baum zu schlagen, es muss nachher mit dem Holz auch noch etwas vorbereitet werden, damit es zum Bauen gebraucht werden kann. Das Bauholz muss also Stand heute auch irgendwohin transportiert werden und es muss geklärt werden, ob dann die entsprechenden Anlagen auch genügend Kapazität haben. Und wir haben sicher auch noch erhebliche Transportwege, die natürlich die Gesamtbilanz dann wieder ein bisschen verschlechtern. Allerdings, und das ist wieder kritisch anzumerken, auch dazu fehlen die Quantifizierungsschätzungen in der Antwort, d.h. wir wissen nicht, wie stark das ins Gewicht fällt, dass man das Holz irgendwo anders hinbringen muss zur Verarbeitung.

Als letzten Punkt, ich habe es kurz erwähnt (allerdings muss ich fairerweise zugeben, dass das nicht das Thema in dieser Interpellation war): Ein Vergleich mit dem zirkulären Bauen wäre extrem interessant, in Bezug auf Potenzial zur CO₂-Reduktion. Ich vermute, dass es dort wesentlich grösser ist als beim Holz aus dem lokalen Wald. Aber das wissen wir jetzt natürlich noch nicht, vielleicht bekommen wir das dann mit dem nächsten Vorstoss beantwortet. Sicher ist, dass diese Realisierungen dann gar nicht zu den Low Hanging Fruits gehören, die wir hier aber durchaus haben. Denn das Holz ist da, wir müssen es einfach nur ernten. Danke für die Aufmerksamkeit.

R. Heuberger (FDP): Wir danken dem Stadtrat für die vielschichtige Beantwortung dieser Anfrage und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

Dass die Stadt keine einheitliche Immobilienstrategie hat, haben wir schon mehrfach kritisiert und es ist ärgerlich. Aber das ist ja nicht das Thema von heute Abend. Holz kann ein super Baustoff sein. Und unsere Wälder sind gross. Der Schweizer Wald hat den höchsten Vorrat an lebendigen Bäumen in ganz Mitteleuropa. Trotzdem sind dem Holzbau bzw. der Verwendung von Holz aus den einheimischen Wäldern Grenzen gesetzt. Gemäss der Organisation Wald Schweiz (und diese dürfte unverdächtig sein) können wir – ohne den Wald zu übernutzen – Stand heute jährlich rund 7 – 8 Mio. Kubikmeter Holz aus dem Wald herausnehmen. Aber der Gesamtverbrauch in der Schweiz liegt heute schon bei fast 11 Mio. Kubikmeter. Wir müssen also heute schon rund einen Drittel des Holzes, das wir einsetzen, importieren. Also geht es nicht nur um den Elan des Stadtrats, lieber Benedikt, sondern auch um Fakten und Realitäten. Und Ihr wollt den Verbrauch gegenüber heute ja noch deutlich erhöhen. Einerseits mit den Holzschnitzelanlagen bei der Wärmenutzung und andererseits bei der Umsetzung von Hochbauten. Man braucht kein Mathematiker zu sein, um zu sehen, dass das nicht aufgehen kann. Und ja, man kann den Holzertrag in unseren einheimischen Wäldern erhöhen - aber nicht ohne deutliche Eingriffe in die Natur. Was das dann wiederum für Folgen hätte, dürfte mit vielen Ungewissheiten behaftet sein.

Und wenn wir das Holz aus dem Ausland importieren, dann sieht die Ökobilanz ohnehin schon wieder ganz anders aus.

Und wie der Stadtrat ausführt, braucht es nicht nur Holz, sondern auch die Holzverarbeitung. Und das heisst z.B., dass man das Holz auch trocknen lassen muss. Es gibt eine Faustregel Pro Zentimeter Holzdicke, die getrocknet werden muss, muss das Holz ein ganzes Jahr lang an der Luft draussen trocknen. Habt Ihr Euch schon mal Gedanken gemacht darüber, wo man all das Holz, das in Winterthur eingesetzt werden soll, lagern und trocknen könnte?

Und ja, es gibt Methoden, um Trocknungsprozesse zu beschleunigen. Aber diese brauchen dann wieder viel Energie, die wir ja auch noch nicht CO₂-neutral anbieten können. Aber ich möchte noch einen anderen Aspekt in die Diskussion einbringen: Es ist wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich auch die Betonproduktion in den letzten Jahren massiv verändert hat. Mittlerweile hat ein finnisch-amerikanisches Team eine Art von Beton entwickelt, die bei der Produktion pro Kubikmeter rund 60 kg CO₂ schluckt. Dieses Verfahren ist also sogar mehr als klimaneutral. Was ich damit sagen will: Es gibt nicht DEN Baustoff. Sondern je nach Gebäude und Aufgabe eines Gebäudes ist der eine oder der andere Baustoff besser. Ihr versucht aber einmal mehr – und das macht Politik leider oft – nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg zum Ziel festzulegen. Damit legt Ihr aber auch Innovationen Steine in den Weg statt genau diese zu fördern. Und Innovationen zur CO₂-Reduktion sind von mir aus gesehen der grösste Beitrag, den die Schweiz leisten kann, um den weltweiten CO₂-Ausstoss massgeblich zu reduzieren. Das Ziel der CO₂-Neutralität 2050 – in Winterthur 2040 – ist definiert. Aber bitte überlasst es den Fachleuten, den Weg dorthin zu prägen. Und fängt nicht damit an, einseitig Baumaterialien zu definieren. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

A. Würzer (EVP): Die EVP hat diese Interpellation zwar nicht miteingereicht, inhaltlich tragen wir sie aber klar mit. Wir danken ebenfalls dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Dabei zeigt der Stadtrat aus unserer Sicht auch verständlich auf, dass für die ganzen Zwischenschritte – wir haben es auch schon gehört - der Holzverarbeitung mangels lokaler verarbeitender Industrie gewisse Transportwege unumgänglich sind und der Mehrwert vom Einsatz lokaler Holzprodukte «aus und für» Winterthur logischerweise auch ein Stück weit ein bisschen relativiert wird in diesem Sinn. Trotzdem sind wir ganz klar der Meinung, dass die Bemühungen in diese Richtung – einige Vorredner haben es schon gesagt – intensiviert werden sollen.

In seiner Antwort hält der Stadtrat ausserdem fest – es ist jetzt ein bisschen gemein, Christa, dass Du noch die einzige Verbliebene bist -, dass die Stadt Winterthur anders als beispielsweise die Stadt Zürich über keine gesamtstädtische Immobilienstrategie verfüge. Das, weil die strategische Ausrichtung auf Ebene der Departemente stattfindet.

Klar, man könnte jetzt argumentieren: «Wenn jeder für sich schaut, ist ja auch für alle geschaut». Für uns von der EVP greift das aber zu kurz und ist definitiv ein Punkt, den wir noch genauer anschauen möchten und auch anschauen werden. Denn eine gesamtstädtische Strategie dürfte auch aus Sicht der parlamentarischen Arbeit eine wichtige Grundlage und auch ein wichtiges Instrument sein, um – wo gegebenenfalls nötig – auch mal Prioritäten setzen zu können.

Abgesehen davon nehmen wir die Antwort zur Kenntnis. Vielen Dank.

K. Hager (SP): Auch wir haben diese IP nicht miteingereicht, sind aber inhaltlich auch bei den Interpellant/-innen. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation betreffend Holzbau. Mit Holz als nachhaltigem Baustoff greift diese Interpellation ein wichtiges Thema auf.

Der Bausektor ist ein grosser Hebel, wenn es um Netto-Null geht. Und wie der Stadtrat in seinem Bericht bestätigt, hat Holz grundsätzlich viel Potenzial, um Emissionen zu reduzieren. Der Bericht zeigt, dass das Thema Holzbau bei der Stadt bekannt ist. Die SP-Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat das Potenzial von Holz auch für Winterthur klar anerkennt und aufzeigt.

Gleichzeitig zeigt der Bericht auch die verschiedenen Herausforderungen auf, die sich mit dem Holzbau stellen, wie z.B. die Wichtigkeit der nachgelagerten Verarbeitungskette.

Wir unterstützen die Stossrichtung des Stadtrats, Holzbau dort einzusetzen, wo es auch sinnvoll ist.

Der Gebäudestandard von städtischen Bauten wie auch der genannte Massnahmenplan sind dazu sicherlich gute Voraussetzungen.

Potenzial sehen wir – wie auch einige meiner Vorredner/-innen - in einem proaktiven und frühzeitigen Einbezug von Holz in Bauprojekten. Im aufgezeigten Beispiel vom Alterszentrum Adlergarten ist Holz als Baumaterial ausgeschlossen worden, begründet durch die komplexe Volumetrie des bestehenden Entwurfs. Das zeigt einerseits positiv, dass Holz als Baustoff von der Stadt mitberücksichtigt wird. Andererseits könnte Holz von Anfang an in der Architektur mitgedacht werden, anstatt es nachträglich in bestehende Konzepte zu integrieren. Wir werden das Klima nicht retten alleine mit einem maximalen Holzeinsatz im Bausektor. Das stellt der Stadtrat richtig fest im Bericht. Da braucht es noch einiges mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir jeden verfügbaren Hebel nutzen, um Netto-Null zu erreichen. Und da kann Holz als Baustoff unterstützen, wie der Bericht aufzeigt. Wenn der Stadtrat den fehlenden politischen Willen als Hindernis nennt, sind wir da auch am richtigen Ort. Insgesamt sieht es die SP-Fraktion positiv, dass Holz als nachhaltiger und lokaler Baustoff bei der Stadt auf dem Radar ist. Deshalb nehmen wir die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

B. Oeschger (GLP): Ich möchte noch etwas zu Romana sagen, zur Aussage, dass die Schweiz einen Grossteil des Holzes bereits schon importiert. Aber der Schweizer Wald hat auch mit einem überalterten Wald zu kämpfen und die Bewirtschaftung der reinen Fichtenbestände können durchaus auch biodiversitätsfördernd sein. Die Holzvorräte in der Schweiz sind enorm gross, es ist ein europäischer Rekord, auch beim Waldzuwachs in Hektaren. Und wir sind ganz und gar technologieoffen. So bin ich auch ganz begeistert von diesem CPC-Beton, der in Winterthur an der ZHAW entwickelt wurde. Die leichteste Betonbrücke steht nämlich gleich hinter der ZHAW zum Büelrain hinüber. Und mit dieser kann man auch den Betonbedarf für ein gleichwertiges Bauwerk um 25% reduzieren. Es geht also nicht nur alleine um das Holz. Aber Holz ist halt auch ein Bestandteil des Energie- und Klimakonzepts.

Stadträtin Ch. Meier: Ganz herzlichen Dank für die angeregte Diskussion. Es wurde mehrere Male angesprochen, dass die Stadt nicht eine gemeinsame Immobilienstrategie hat. Ja-wohl, das ist so. Wir haben 7 Departemente mit je einem eigenen Immobilienportfolio und einer eigenen Immobilienstrategie. Das hat durchaus Vorteile (wir sind nämlich nahe bei den Nutzenden und das spart komplizierte Absprachen), aber es hat auch Nachteile, das zeigt sich eben bei gemeinsamen Strategien. Es ist aber nicht so, dass das Winterthurer Modell, das wir haben, es verunmöglichen würde, dass wir gemeinsame Strategien entwickeln. Zum Beispiel zur Frage, mit welchem Baustoff wir arbeiten oder zu Fragen wie Kreislaufwirtschaft. An diesen Strategien arbeiten wir. Da hat das Amt für Städtebau eine ganz wichtige Rolle und macht das zum Teil für unsere Bestellerdepartemente.

Was wir haben, ist der verbindliche Gebäudestandard 2019, der für alle Departemente gilt. Das ist zum Beispiel eine solche Abmachung, die wir innerhalb des Stadtrats gemacht haben. Wir haben auch den Bestellprozess vereinheitlicht und damit auch sehr stark verschlankt. Wir haben es ebenfalls gehört: Holz leistet einen sehr wichtigen Beitrag, einerseits zum Gebäudestandard, aber auch zur CO₂-Bilanz.

Es ist aber eben – wie wir auch gehört haben – nicht in jedem Fall das geeignete Baumittel. Wenn man jetzt den Entscheid so nimmt, dass wir beim Alterszentrum Adlergarten wegen einer geschwungenen Form auf Holz verzichten, dann verkennt man ein bisschen die Komplexität eines solchen Projekts. Ein solches Projekt durchläuft einen Wettbewerb, es wird ein komplexes Raumprogramm erstellt und der Adlergarten muss wahnsinnig viel leisten. Das Siegerprojekt hat v.a. für die Anforderungen, die der Adlergarten leisten muss, am besten abgeschnitten. Und ja, dann kann es sein, dass man dann beim Baustoff einen Kompromiss eingeht, weil es für diese Art von Gebäude in diesem Fall Holz nicht das geeignetste war. Aber es wurde gewünscht, dass man weitere Projekte sieht. Man sieht durchaus weitere Projekte: Vor ein paar Tagen hatten wir das Aufrichtfest für die temporäre Turnhalle im Tössfeld. Ein reiner Holzbau. Wer ihn noch nicht gesehen hat, der soll ihn anschauen gehen. Es ist eine ganz coole Sache. Es ist heimelig, wie Holz so ist, und es ist eine sehr schöne Aufenthaltsqualität in dieser Turnhalle.

Sämtliche Holzmodulbauten – dort ist es schon im Namen -, von denen wir im Moment einige am Erstellen sind, um den Schulraumbedarf abzudecken, sind Holzbauten. Und damit machen wir übrigens auch einen wichtigen Schritt für das zirkuläre Bauen, denn diese Holzmodule kann man in der Regel wieder abbauen und wiederverwenden. Also dort machen wir auch einen wichtigen Beitrag.

Ich glaube, ich habe die wichtigen Sachen gesagt. Das Thema ist bei uns angekommen. Dort, wo wir es als Möglichkeit sehen, verfolgen wir es selbstverständlich. Aber eben, wir haben meist noch 2 – 3 andere Aspekte, die wir in einem solchen Raumprogramm und allenfalls auch Wettbewerbsprogramm ebenfalls berücksichtigen müssen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Christa Meier. Damit ist diese Interpellation abgeschlossen.

Wir kommen nicht zu einem weiteren Traktandum, sondern zum Abschluss der Sitzung. Nochmals der Hinweis: Die nächste Doppelsitzung ist am 16. September mit der Fragestunde. In der ersten Sitzung kommt, wie eingangs gesagt, noch der Fotograf, um uns abzulichten.

Ich wünsche allen einen schönen Abend, eine gute Zeit und bis in drei Wochen. Tschau zäme.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**7. Einsetzung einer Spezialkommission "Richtplan"**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 26.August.2024 16:53:01
Abstimmungsfrage Einsetzung Spezialkommission mit 9 Mitgliedern

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	39
B: Ablehnung	16
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	Nicht anwesend
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Geschäftsbericht 2023 Sozialhilfebehörde**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 26.August.2024 16:59:04
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmende Kenntnisnahme	55
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Casutt Sarah	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Dürr Renate	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Griesser Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Isler Walter	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	Nicht anwesend
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Studer Lisa	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Werner Pascal A.	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**10. Verpflichtungskredit Fr. 6'830'000 für Ersatzneubau Forstwerkhof**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 26.August.2024 17:09:54
Abstimmungsfrage Kredit Fr. 6'830'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	Nicht anwesend
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**11. Verkehrsbaulinien Teilrevision 2024 (2024.39)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 26.August.2024 17:20:23
Abstimmungsfrage Gesamtabstimmung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	Ausstand
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	Nicht anwesend
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung